ZECK

Nr. 134 September/ Oktober 06

Das Fachblatt für Flora und Fauna



Pinky, hälts Maul! Und du?!

Vorwort

Zahlreiche Zuschriften haben uns erreicht. Dies freut uns sehr! Allerdings sind unseren Kapazitäten Grenzen gesetzt, so dass wir einige Artikel erst in der nächsten Ausgabe veröffentlichen können bzw. diese sich in unserem Ordner im Schwarzmarkt befinden. Trotz der Spenden, für die wir uns bedanken, leidet unsere Vereinspostille immer noch an chronischer Finanznot. Über weitere Solidaritätsbekundungen und Spenden freuen wir uns deshalb sehr und hoffen, das Verhältnis von Zusendungen und Heftumfang in Zukunft passender hinzu bekommen.

Im Regelfall drucken wir Texte, soweit Platz vorhanden ist und keine schwerwiegenden inhaltlichen Gründe gegen einen Abdruck sprechen, ab. Wenn nicht, versuchen wir unsere Gründe zu vermitteln. Möglich ist aber auch, dass wir bei abgedruckten Texten inhaltliche Kritik üben und diese kommentieren. Generell freuen wir uns bei Zuschriften über eine Diskette **und** einen Ausdruck. Achtet bitte darauf, dass eure Texte möglichst frühzeitig bei uns ankommen. Erstens weil wir diese vorher lesen und diskutieren, zweitens weil wir die kommende Ausgabe dann besser planen können. Wir gehen mit euren Zuschriften sensibel um und vernichten generell die Originale. Trotzdem ist es sinnvoll, dass ihr auf handschriftliche Zusendungen oder Zusätze verzichtet, da Postwege nie wirklich sicher sind.

In dieser Ausgabe wird öffentlich gemacht, dass in Hamburg umfangreiche Observationen stattfinden und es möglicherweise weitere Verfahren nach §129/129a gibt. Alle sollten diese Info ernst nehmen ohne in Paranoia oder Panik zu verfallen. Seid aufmerksam, nehmt euch die Tipps von Rechtshilfegruppen zu einem sorgfältigem Umgang zu Herzen, bleibt wild und gefährlich. Redet und spekuliert nicht über vermeintliche Szenezusammenhänge, Gruppen und Hintergründe! Nicht zuletzt, im Fall der Fälle: Macht keine Aussagen gegenüber Bullen und Justiz! Solidarische Grüße an alle Betroffenen der aktuellen Verfahren. No Justice - No Peace! Den Rest kennt ihr ja...

In den nächsten Wochen gibts aber auch einiges zu feiern. Am 02.09. wird in der Chemnitzstraße gerokkt: Hospi bleibt, na klar! Am 09.09. steht dann das Schanzenfest vor der Tür und wir sind schon sehr gespannt, ob die Staatsmacht die Massen wieder ungefragt durch spontane Wasserlichtspiele begeistert. Am Wochenende darauf findet dann schließlich das Wohlwill- und Brigittenstraßenfest statt. Zeitgleich feiert die Hafenstraße ihr 25-jähriges Jubiläum. Herzlichen Glückwunsch dazu aus der Flora! Ihr wisst schon die Kraft der zwei Herzen ...

Um unsere besonders wissbegierigen LeserInnen zu erfreuen, haben wir dieser Ausgabe noch eine kleine Tierfibel zu den verborgenen Wundern der widerständischen Fauna beigefügt.

eure Zeck

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Selbstverlag.

Kameraüberwachung geht weiter!

Die vier für das Fifa-Fanfest auf dem Heiligengeistfeld installierten Video-Überwachungskameras sollen nach einem Beschluss der Innenbehörde nun dauerhaft erhalten bleiben. Insbesondere sollen während des Hamburger Doms und anderer Großveranstaltungen, wie z.B. bei so genannten Risikofußballspielen des FC St.Pauli die Kameras zum Einsatz kommen.

Die Standorte der vier Videokameras sind:

- Kamera 1: DOM-Wache
- Kamera 2: Millerntoreiche Nähe Eingang A (Millerntorplatz)
- Kamera 3: Millerntoreiche Nähe Eingang B (Glacischaussee)
- Kamera 4: St. Pauli Reihe Nähe Eingang F (Millerntorstadion)

Die aktive Beobachtung des Heiligengeistfeldes erfolgt per Monitor in die DOM-Wache. Von dort aus können Einsatzkräfte gezielt gesteuert und eingesetzt werden. Geplant ist auch die Videoüberwachung des Hansaplatzes in St. Georg und des Bahnhofvorplatzes in Bergedorf.

######################################

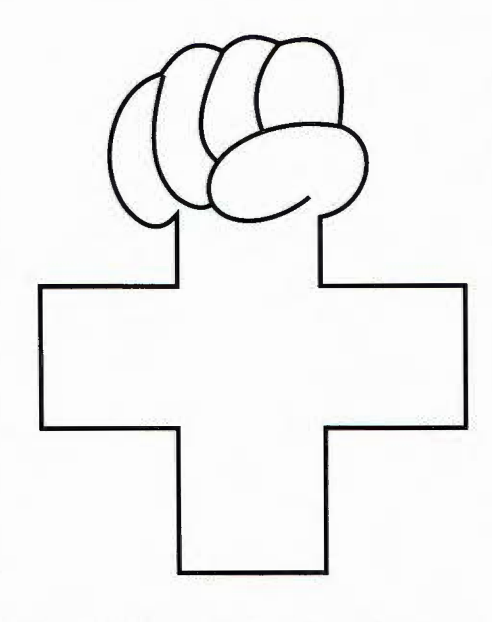
Das DRK im Abmahnungsgeschäft

oder: Von der vermeintlichen Verwechselbarkeit und anderen Möglichkeiten

Wie bereits in der ZECK Ausgabe 131 vom März/April 2006 (S. 11) berichtet wurde, hat das Deutsche Rote Kreuz (DRK), vertreten durch eine der weltweit größten Rechtsanwaltskanzleien Latham und Watkins, mehrere linke Gruppen verklagt oder mit kostenpflichtigen Unterlassungsaufforderungen belästigt. Soweit bekannt sind davon nadir e.V., Rote-Hilfe e.V., Castor-Nix-Da Kampagne, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V. "Freilassung", daslinkeforum.de und die Autonomen DemosanitäterInnen betroffen.

Gegenstand der Abmahnungen und Klagen sind Links zu oder die Abbildung von dem Zeichen der Demosanis bzw. die Bewerbung von deren Broschüre "Ruhig Blut".

Da das DRK auf seine Sonderstellung, sein Recht auf Klage nicht zu verwirken, zurükgreifen kann, spielt es auch keine Rolle, dass das Zeichen der Demosanis schon in den 80er Jahren als notwendige und bewusste Abgrenzung zum Roten Kreuz genutzt wurde.



Zum Bild: Logisch: Aus dem Urteil des Landgerichts Hamburg gegen das linke forum: "Bei dem Wahrzeichen des Klägers handelt es sich nämlich um ein berühmtes Zeichen. Berühmte Wahrzeichen sind - wie berühmte Unternehmenskennzeichen - gegen jede Beeinträchtigung ihrer Alleinstellung geschützt, und zwar auch dann, wenn eine Verwechslungsgefahr zu verneinen ist".

Aktueller Stand:

Mittlerweile gibt es einige Urteile in der Sache. Der Roten Hilfe, die stellvertretend für die anderen Projekte den Prozess soweit wie möglich führen sollte, wurde laut Urteil die Verwendung des Faust-Symbols als Kennzeichen für DemosanitäterInnen unter Androhung eines bis zu sechsstelligen Ordnungsgeldes untersagt. Bereits während der Verhandlung ließ die Richterin vom Landgericht Hamburg keinen Zweifel daran, dass ihr Urteil bereits fest stand. Statt qualifizierte GutachterInnen zu Marken und Verweselbarkeit zu befragen hielt sie sich selbst für eine. Aus finanziellen Gründen hat die Rote Hilfe keine Berufung eingelegt.

Die Castor-Nix-Da-Redaktion hatte eine Aufforderung zur Zahlung von Abmahnungskosten in Höhe von 2450 Euro erhalten. Sie gab die geforderte Unterlassungserklärung ab, weigerte sich jedoch, den Betrag zu zahlen und endete sodann ebenfalls vor Gericht. Nach einem Vergleich bleiben immerhin noch 1225 Euro.

Im Juli wurde dann auch die "linkeseite.de" verurteilt an das DRK 606,30 Euro (statt den beantragten 1.536,70 Euro) zu zahlen sowie für die Gerichtskosten aufzukommen.

Auch nadir hat aus finanzieller Not (Kosteneinforderung seitens DRK: 2.112,00 Euro) die Unterlassungserklärung eingereicht. Dennoch beharrt das DRK auf seinen Gewinn aus dem Abmahnungsgeschäft.

Fazit?

Du sollst keine anderen Kreuze haben neben ihm.

Du sollst deinen Namen nicht an seinen Namen anlehnen und die Farbe Rot nicht nennen, denn er wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht.

Statt dessen sollst du Blut für seinen Gewinn geben, dein Hemd für seine Geschäfte lassen und dich willig den Rindern ausliefern lassen.

Du sollst ihm seinen Besitz aber nicht neiden.

######################################

70 Jahre Spanischer Bürgerkrieg 1936-1939

Programm der Veranstaltungsreihe zum 70ten Jahrestag der Spanischen Revolution vom 12. Juli - 18. Oktober 2006 im Club M in Kiel - Stadtfeldkamp 22

27.09.2006 19.00 Uhr

Reise- und Erlebnisbericht von und mit TeilnehmerInnen der Spanien Rundreise vom September 2006

04.10.2006 19.00 Uhr

"Kollektivierung - Utopie und Praxis im Spanischen Bürgerkrieg" Diskussionsveranstaltung

18.10.2006 19.00 Uhr

Abschlussveranstaltung: "Veranstaltungen als Mittel der Organisierung"

######################################

"Balkane Moj"

Eine Gruppe aus Serbien & Montenegro wird mit einer Infoveranstaltung beginnen, die dem direkten Austausch dienen soll. Drei Partner werden einen anschaulichen Vortrag über ihr Land und die dortige Lebenssituation, sowie die Geschichte und ihre Kultur halten. Untermalt wird dies zusätzlich durch eine Fotopräsentation. Anschließend findet eine Diskussionsrunde statt. Alles wird auf Englisch vorgetragen, bei Bedarf deutsche Übersetzung.

Folgende Künstler werden im Anschluß für

musikalische Unterhaltung sorgen:

Autogeni Trening (Band aus Podgorica), Manisent i Mentalnost (Band aus Belgrad)

DJ Bratski (Podgorica)

Desweiteren wird eine Fimdokumentation gezeigt.

10.09. Rote Flora

Einlass 19 Uhr, Eintritt 4 Euro

###################################

Dokumentation

Aus der Post:

"In der Nacht vom 13. auf den 14.07. haben wir bei der Ausländerbehörde in Hamburg für ein wenig Glasbruch gesorgt. Die Abschiebepraxis der BRD ist menschenverachtend und gehört abgeschafft. Wir fordern ein uneingeschränktes Bleiberecht und globale Bewegungsfreiheit für alle! Mit der Aktion beziehen wir uns auf den Global Action Day gegen die G8 und hoffen, dass auch in Zukunft durch direkte Aktionen wenigstens etwas Sand ins Getriebe der Abschiebemaschinerie gestreut wird."

###################################

D.I.Y.-Camp in Freiburg geräumt!

Vom 26. - 30.7.2006 sollte in Freiburg die "Do-it-Yourself" Anarchist Convention (ein anarchistischer Kongress) stattfinden. In der Nacht vom 27. zum 28.Juli wurde dabei vor dem autonomen Zentrum KTS in Freiburg eine Person wegen Graffitisprühereien von zwei Bullen festgenommen. Aus Solidarität gegen die Festnahme eilten 80-100 Personen aus dem KTS zum Ort des Geschehens. Die Polizei erschien daraufhin mit Verstärkung inkl. Hunden. Die Situation eskalierte und im Laufe der Auseinandersetzungen wurde ein Beamter schwer am Auge verletzt. Das KTS wurde danach komplett abgeriegelt und viele Menschen mussten sich einer Personalienüberprüfung unterziehen.

Am darauffolgenden Morgen befasste sich ein grosses Plenum auf dem D.I.Y. mit den Vorkommnissen. In der Reflexion wurde die Solidarisierung mit der festgenommenen Person weiterhin als richtig angesehen. Ebenso einhellig wurde die Verletzung des Polizisten bedauert und dies auch öffentlich gemacht.

Die Polizei zog trotzdem massiv Einsatzkräfte zusammen und umstellte am 28. nachmittags das D.I.Y.-Camp dass neben dem Wagenplatz der Schattenparker lag. Mit einer "Allgemeinverfügung" ließ die Stadt das "illegal" besetzte Gelände räumen, trotz mündlicher Zusicherung das Camp zu dulden. Es wurden massiv Stadtverbote erteilt und zwei Personen festgenommen.

Am Samstag, den 29. Juli, war eine "Reclaim the Streets" in der Freiburger Innenstadt geplant. Alles sollte friedlich aber laut werden. Die AktivistInnen machten sich aus verschiedenen Richtungen auf in die Innenstadt. Bereits nach kurzer Zeit wurde klar, dass sie sich die Bullen vorgenommen hatten, jedwede Aktion zu verhindern. Es wurden Wägen, die Soundanlage und fast alle Transpis beschlagnahmt. Die Clown Armee wurde fast komplett gleich zu Beginn in "Gewahrsam" genommen. In einem Polizeikessel mit über 200 Leuten kam es zu massiven Übergriffen seitens der Staatsgewalt.

In zahlreichen Städten gab und gibt es Solidaritätsaktionen und -bekundungen.

###################################

Soligruppe Frankfurt/Oder informiert

am Dienstag, den 12.09.06 um 21Uhr im

LIZ Karolinenstr. 21

Die Soligruppe Frankfurt/Oder besteht seit Oktober 2005, nachdem bekannt wurde, dass das Brandenburger LKA sich darum bemüht, ein bisher durch sie geführtes Ermittlungsverfahren an die Bundesanwaltschaft (BAW) abzugeben. Gegen mehrere AntifaschistInnen aus Frankfurt (Oder) droht demnach ein Verfahren nach §129 bzw. §129a StGB wegen Bildung, Unterstüzung oder Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung". Die Kompetenzen der Behörde bei erfolgreicher Eröffnung eines §129-Verfahrens sind enorm. So ist beispielsweise die Anordnung von Untersuchungshaft gegen Verdächtige ohne Haftgrund möglich und auch großflächige Telefonüberwachung, Razzien und Durchsuchungen bei Unverdächtigten zulässig. Vor diesem Hintergrund fanden sich FeundInnen der Beschuldigten zusammen, um notwendige Unterstüzungsarbeit zu organisieren. Inzwischen ist die Soligruppe personell angewachsen und heterogener geworden. Bei uns engagieren sich Personen unterschiedlichen Alters aus mehreren Städten und verschiedenen Hintergründen. Unser Grundkonsens ist der Wille zur Verteidigung demokratischer Grundrechte, die wir durch die Arbeit der Ermittlungsbehörden teils erheblich eingeschränkt sehen.

Dabei bezieht sich unsere Unterstützungsarbeit längst nicht mehr nur auf das oben angesprochene Verfahren des Brandenburger LKA. Denn auch das Frankfurter Staatsschutzkomissariat scheint einem blinden Ermittlungseifer gegen die Linke erlegen zu sein. Bis heute eröffnen die Beamten immer neue, überwiegend haltlose, Verfahren gegen Personen, die sie einer antifaschistischen Szene zurechnen, und konfrontieren sie mit gesetzeswidrigen Ermittlungsmethoden.

Unsere Aufgabe als Soligruppe sehen wir darin, den von diesen Maßnahmen Betroffenen im Rahmen unserer Möglichkeiten Unterstützung zukommen zu lassen.

Wir informieren zum Umgang mit staatlicher Repression und beraten Betroffene.

Wir vermitteln Anwälte und sammeln Geld für deren Finanzierung.

Wir begleiten laufende Verfahren.

Wir schaffen Öffentlichkeit für das widerrechtliche Vorgehen der Behörden.

Wir würden uns freuen euch am 12.09.06 zu sehen!

###################################

Proteste gegen Hess-Gedenkaufzüge

Da der Bundesweite Naziaufmarsch zum Gedenken an den Hitlerstellvertreter Rudolf Hess in Wunsiedel, wo dieser begraben liegt, vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde, gab es in Berlin, Jena und München Ersatzveranstaltungen, die als Protest gegen das Verbot angemeldet waren.

Berlin: Etwa 200 bis 250 Nazis, vor allem aus Berlin und dem Umland, haben am 19. August 2006 versucht, durch Berlin zu demonstrieren. Zwar durften sie ihren Weg vom Alex bis zum S-Bahnhof Bornholmer Straße zurücklegen, aber dank der massiven Abschottung durch die Polizei dürfte sie kaum jemand gesehen haben. Deutlich sichtbarer war der antifaschistische Protest - der auch zahlenmäßig klar überlegen war, circa 1000 GegendemonstrantInnen.

Die Nazi-Demo, angeführt von Christian Worch, musste immer wieder stehen bleiben, während die Polizei kleinere Blockaden auf der Strecke auflöste. Die ganze Demonstrationsstrecke über konnten Antifas dicht an der Demo entlang laufen und mit ihren eigenen Parolen die eher stille und - offensichtlich - angeödete Demo beschallen.

Allerdings ist es nicht gelungen, auf den breiten Alleen, auf denen die Demo entlang zog, eine dauerhafte Blockade durchzuführen. Das lag allerdings auch daran, dass die Polizei, die sich mit "launigen" Lautsprecherdurchsagen bemühte, sich freundlich zu geben, in zahlreichen Fällen mit äußerster Brutalität und völlig unangemessen vorging.

Jena: In Jena machten rund 1.800 Menschen ihrem Unmut gegen Neonazi-Umtriebe in einer von Kirchen und Politikern getragenen Kundgebung Luft. Mit Pfiffen begleiteten die Jenaer rund 350 NPD-Demonstranten. Es herrschte lange Unklarheit, ob die Faschisten unter Führung des Anmelders Patrick Wieschke überhaupt eine Demonstration oder nur eine stationäre Kundgebung durchführen dürften. Daraus resultierte, dass es nicht zu effektiven antifaschistischen Blockaden kommen konnte. Ein juristisches Nachspiel wird vermutlich die auf einer Zwischenkundgebung in Jena gehaltene Rede des Anmelders des verbotenen Heß-Marsches in Wunsiedel, dem Nazianwalt Jürgen Rieger haben. Dieser griff in seinem überlangen Beitrag immer wieder Zitate des Hitlerstellvertrers auf und äußerte sich wiederholt auf volksverhetzende Weise.

München: Unter dem Motto "Rückführung statt Integration" liefen ca. 100 Faschisten durch München. Begleitet wurden diese durch mindestens 2000 Gegendemonstranten und über 1000 BePos bzw USK'ler.

Hervorzuheben ist vielleicht, dass die Stadt nicht einmal versuchte, den als Ersatzveranstaltung für die während der WM geplante Demo angemeldeten Aufmarsch zu verbieten. Über den Erfolg eines Verbotsversuchs lässt sich streiten, aber es setzt schon deutliche Zeichen, wenn es die Regierung nicht einmal für nötig hält, Missbilligung durch den Versuch zu äußern. Als es nach dem Abschluss der Nazidemo am Ort dieser zu Flaschenwürfen durch die Nazis auf die nur durch eine Reihe aus Bullen von den Nazis getrennten Gegendemonstranten kam, hielten es die Bullen nicht für nötig einzugreifen. Eine Blockade war durch das Polizeiaufgebot und die fehlende Organisation von Gegendemonstranten fast unmöglich. Hier wäre auf jeden Fall mehr Absprache und nicht soviel sinnloses Losgerenne nötig gewesen.

####################################

Pünktlich geht's weiter:

Die Strategie der politischen Staatsanwaltschaft, eine Bauwagenaktion in der Hamburger Hafenstraße vor die Verkehrsgerichte zu bringen, wird brüchig. Das Landgericht will den Fall komplett neu aufrollen.

Der Prozess um die Bauwagendemo "Einmal im Leben pünktlich sein" an der Hafenstraße wird nun doch neu aufgerollt. "Es findet eine komplette neue Beweisaufnahme statt", berichtet der Anwalt der Bauwagenszene, Andreas Beuth. "Und wir gehen davon aus, dass diesmal wichtige Polizeizeugen gehört werden, die uns in erster Instanz vorenthalten worden sind."

Am frühen Morgen des 24.04.04 waren 99 Bauwagen aus dem ganzen Bundesgebiet vor der ehemals besetzten Häuserzeile an der Hafenstraße aufgefahren, um dort für diese alternative Lebensform zu demonstrieren. Da die Versammlung nicht angemeldet worden war, verlangte die Polizei die Benennung eines Versammlungsleiters. Dann verfügte der Einsatzleiter der Polizei, dass die Personalien der FahrerInnen festgestellt würden. Danach seien die Wagen einzeln wegzufahren, dabei würden sie durchsucht. Wenig später erklärte die Polizei die Versammlung für aufgelöst und begann die Fahrzeuge aufzubrechen, kurzzuschließen und abzutransportieren. Gegen die Einsatzleiter sind noch immer Strafverfahren wegen Sachbeschädigung anhängig, die die Anklagebehörde jedoch nur widerwillig betreibt.

Der Versuch des Landgerichts, den Komplex per Vergleich vom Tisch zu bekommen, war am Widerstand der politische Staatsanwaltschaft gescheitert. Bei einem so genannten "Schnuppertermin" hatte das Gericht nach Prüfung des Sachverhaltes angeregt, das gegen drei Bauwagenbesitzer geführte "Pilotverfahren" ohne Schuldanerkenntnis einzustellen. Das hätte auch Auswirkungen auf das gute Dutzend der noch anhängigen Verfahren gehabt. Die Staatsanwaltschaft beharrte jedoch darauf, das Verfahren nur gegen ein Bußgeld in Höhe von einem Monatsgehalt einzustellen. Das wiederum wollten die Betroffenen nicht akzeptieren. In erster Instanz waren die drei Angeklagten aus "spezial- und generalpräventiven Erwägungen" wegen "gemeinschaftlicher Nötigung" verurteilt worden. Der zuständige Verkehrsrichter sah in einer Demo von 100 Bauwagen zu "ungewöhnlich früher Stunde" eine "rechtswidrige Versammlung", weil die Hafenstraße durch diese "physische Barriere" blockiert und Autofahrer "zur Änderung der Fahrroute" gezwungen worden waren. Ob die Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem Landgericht wieder mit einer Verurteilung endet, ist alles andere als sicher. Die Verteidigung geht davon aus, dass es sich um eine vom Grundgesetz geschützte Demo gehandelt hat, die die Polizei gar nicht hätte auflösen dürfen.

Das Landgericht hat offensichtlich schnell die Dimension des Komplexes erkannt. So hat das Präsidium entschieden, den Fall wegen seiner Komplexität nicht an Verkehrsgerichte, sondern an eine "normale Strafkammer" zu übertragen. Damit ist das Gros der Amtsgerichtsverfahren, die auf Druck der Staatsanwaltschaft in der Sache betrieben worden sind, unwirksam. Denn dort waren es vornehmlich Verkehrsrichter, die über die Bauwagen-Demonstranten zu urteilen hatten. (aus der taz)

####################################

Zusätzlicher Öffnungstag im Infoladen Schwarzmarkt:

Jugend Antifa-Tag jeden Dienstag 15-19 Uhr

####################################

Hamburg setzt weiterhin Brechmittel ein

- auf "freiwilliger" Basis

Hamburg verzichtet seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf das gewaltsame Einflößen von Brechmitteln, um mutmaßliche DrogenhändlerInnen zu überführen. In den Polizeizellen soll aber weiterhin der Brechsirup auf "freiwilliger" Basis eingesetzt werden können. Die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln verstößt gegen das Folterverbot. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 11. Juli entschieden. Mindestens zwei Menschen sind bereits während der gewaltsamen Verabreichung von Brechmittel gestorben: Achidi John 2001 in Hamburg und Laye-Alama Condé 2005 in Bremen. Bislang sind weder die verantwortlichen MedizinerInnen Prof. Dr. Ute Lockemann und Dr. Igor Volz, noch die beteiligten PolizistInnen und PolitikerInnen rechtlich dafür belangt worden. Was bislang möglich war und auch vom Bundesverfassungsgericht akzeptiert worden ist, verstößt nach Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen Artikel 3 der Menschenrechtskonvention. Dieser Artikel verbietet die erniedrigende Behandlung von Menschen und die Anwendung der Folter.

Großangelegte Observation gegen die linke Szene im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Hotelbau im Wasserturm

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen zwei GenossInnen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Hotelbau im Wasserturm ist jetzt eine Observation des Staatsschutzes bekannt geworden, die es in diesem Ausmaß vermutlich seit Jahren nicht mehr gegeben hat.
Ausgangspunkt war die vorläufige Festnahme eines Genossen am 25.11.2005 mit anschließender Hausdurchsuchung und Beschlagnahme mehrerer Computer. Als Tatvorwurf wurde gemeinschaftliche Sachbeschädigung und schwere Nötigung genannt. Behauptet wird dabei eine Beteiligung des Betroffenen an zwei Aktionen gegen zwei Firmen, die am Bau des Luxushotels im Schanzenpark beteiligt sind, u.a. durch die Veröffentlichung entsprechender Erklärungen.
Zur Erinnerung: Am 28.10.05 wurden auf Baufahrzeugen der Firma Engel in Hamburg-Eimsbüttel Widerstandsparolen angebracht und die Reifen aufgestochen. In der Nacht vom 24./25.11.05 wurden Reifen des Zulieferers Lebbien unter dem Motto "Schade, dass Beton nicht brennt" zerstochen. Die Firma liefert Beton für den Bau des Hotels im Wasserturm im Schanzenpark.
Am 31.05.06 wurde dann die selbe Wohnung (!) ein zweites Mal durchsucht. Zusätzlich wurde die Mitbewohnerin des zuerst Betroffenen nun ebenfalls beschuldigt. Ermittelt wird wegen der genannten Aktionen gegen beide Betroffene und ihre "unbekannten Mittäter".
Erst nach der zweiten Durchsuchung wurde den Anwälten der beiden Akteneinsicht ermöglicht. Zum einen wohl deshalb, weil die zweite Durchsuchung schon lange geplant war, zum anderen, um die gegen den zuerst Betroffenen durchgeführte monatelange Observation zu verschleiern. Diese Observation erfolgte durch die Staatsschutzabteilung des LKA Hamburg. Sie dauerte offiziell vom 01.11.2005 bis zum 01.03.2006, vier Monate lang und nahezu täglich. Observiert wurden der Betroffene, seine unmittelbaren persönlichen Kontakte und das politische Umfeld. Regelmäßig observiert wurde das Treffen des "Freien Netzwerks zum Erhalt des Schanzenparks", jeweils Dienstags in der Gaststätte "Senator Watrin". Ebenso regelmäßig wurde aufgrund der Teilnahme der beiden Betroffenen das wöchentliche Treffen des "Bündnisses gegen Umstrukturierung", das sich regelmäßig Sonntags im Buchladen im Schanzenviertel oder im "Kafé X" traf, überwacht. Zusätzlich zur Observation dieser Treffen fanden nahezu tägliche Observationen des beschuldigten Genossen und seines persönlich-politischen Umfelds statt. Diese Observationen wurden mit großem personellen und logistischen Aufwand durchgeführt. Teilweise waren mehre Observationsteams parallel unterwegs und haben mehrere Personen an verschiedenen Orten gleichzeitig observiert. Teilweise gab es Stand-Observationen mit Videoaufnahmen. Vereinzelt wurden auch Überwachungskameras ausgewertet. Personen wurden beim Einkaufen, Spazieren gehen und bis hin zu ihrem Arbeitsplatz verfolgt. Teilweise betraten die Schnüffler sogar die genannten Lokalitäten, in denen politische Treffen stattfanden und versuchten dort -vergeblich- etwas mitzubekommen.
Gezielt wurde auch die Demo am 14.01.2006 "Mövenpick zu Gast bei Feinden" gegen den Hotelbau im Wasserturm observiert. Dabei galt das Interesse hauptsächlich der Aufklärung der für die Demo verantwortlichen politischen Strukturen. Ebenso observiert wurde eine Kundgebung vor dem Strafjustizgebäude am 26.01.2006 anlässlich eines Prozesses gegen einen Genossen, der angeblich einen Stein auf einen Polizisten geworfen haben sollte und später dann freigesprochen wurde.
Wir gehen davon aus, daß die in den Akten enthaltenen Observationsabläufe und -ergebnisse nicht vollständig sind. Wir haben außerdem Anhaltspunkte dafür, dass die Observation über den 01.03.2006 hinaus gelaufen ist und wahrscheinlich immer noch andauert!
Wir machen dies öffentlich, weil wir in einer derart massiven und langandauernden Observation einen direkten Angriff auf linke politische Strukturen sehen, der über den Widerstand gegen den Hotelbau im Wasserturm weit hinaus geht. Die Veröffentlichung der Arbeitsweise des Polizeiapparates stellt dabei einen Schutz unserer politischen Strukturen dar. Es gibt keinen Grund zur Aufregung und schon gar nicht zur Panikmache. Es geht um das Wissen, wie die Gegenseite arbeitet und um das Bewusstsein, dementsprechend zu handeln. Gruppen und Personen, die observiert worden sind, müssen dies wissen, und den Strukturen, in denen sie sich ihrerseits bewegen, entsprechend vermitteln. Eine Observation durch geschulte Beamte des Staatsschutzes, die weitgehend unbemerkt bleibt, ist eine andere Liga als das plumpe und aufdringlich-provozierende Vorgehen der z. B. P-Schicht der Wache 16. Schließlich dient die Veröffentlichung auch dazu, Szenegerüchte, Gequatsche und Halbwahrheiten zu verhindern. Wir sagen öffentlich das, was notwendig ist. Darüber hinaus vermitteln wir bestimmten Personen das, was sie wissen sollten. Wir gehen hiermit verantwortlich um.
Nach unserer derzeitigen politischen Einschätzung geht es bei dem Angriff des Staatsschutzes zum einen um die Kriminalisierung und Einschüchterung des Widerstands gegen das Hotelprojekt im Schanzenpark. Dabei wurde in dem Verfahren gegen die beiden betroffenen GenossInnen seitens Polizei und Staatsanwaltschaft sogar überlegt, eine Verbindung zu dem noch laufenden §129-Verfahren wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wegen militanter Aktionen im März 2005 gegen mehrere Luxushotels in Hamburg und Lübeck und das Bezirksamt in Eimsbüttel herzustellen. Dieses §129-Verfahren ist noch immer nicht gegen alle Beschuldigten eingestellt worden. Nach wie vor ist es möglich, dass die Staatsschutzbehörden an einem Gesamt-Konstrukt "§129" herumbasteln.
Weiterhin geht es bei dem Staatsschutzangriff um die Ausforschung der linken Szene und ihrer Strukturen insgesamt. Schon vor einigen Monaten musste der oberste Hamburger Verfassungsschützer Heino Vahldieck öffentlich eingestehen, dass es in Hamburg schon seit längerer Zeit so viele linke militante Aktionen wie sonst in keiner anderen deutschen Stadt außer Berlin gibt. Nach der Enteignungsaktion im Frischeparadies Goedecken und dem abgebrannten Auto des Chefs des Weltwirtschaftsinstituts stiegen Anfang Mai die gesamte Hamburger Presse wie auch überregionale Medien in dieses Thema ein. In der Presse aufgelistet wurden sämtliche größeren und kleineren militanten Aktionen der letzten Jahre. Kritisiert wurden Verfassungsschutz und Staatsschutz, weil all diese Aktionen nicht aufgeklärt wurden und kein einziger Täter präsentiert werden konnte. Dementsprechend groß ist der Erfolgsdruck für den Hamburger Staatsschutz in der Öffentlichkeit. Von daher hat der Repressionsapparat zur Zeit ein ganz wesentliches Interesse, großangelegte Ermittlungsmaßnahmen gegen linke Projekte und Strukturen am laufen zu halten. Das jeweilige Verfahren und ein konkreter Tatvorwurf sind relativ egal. Die Taktik scheint zu sein, bei jeder sich bietenden Gelegenheit größere

Repressionswellen zu starten, um bei Durchsuchungen nach dem Motto "Irgendwas wird sich schon finden" Zufallstreffer zu landen und durch Observationen und Telefon- bzw. E-Mailüberwachung Kontakte und Querverbindungen von Personen und politischen Strukturen zu ermitteln.
Die Art und Weise der jetzt bekannt gewordenen Observation lässt darauf schließen, dass es offenbar flächendeckende Ermittlungen gegen linke Zusammenhänge und Strukturen gibt. Mit weiteren Observationen rechnen wir! Ebenso sind weitere Durchsuchungen nicht auszuschließen. Möglicherweise gibt es im Hinblick auf die zahlreichen unaufgeklärten Aktionen der letzten Jahre auch ein laufendes §129/129-a-Verfahren gegen konkrete Personen oder gegen Unbekannt. Zwar enden solche Verfahren in aller Regel nach Jahren mit einer Einstellung, nur ein geringer Bruchteil endet mit Prozessen oder gar Verurteilungen. Der §129-/129-a ist aber im wesentlichen ein Ermittlungsparagraph, der dem Repressionsapparat weitreichende Überwachungs- und Ermittlungsmöglichkeiten in die Hand gibt, mit denen flächendeckend in linken Strukturen geschnüffelt und ausgeforscht werden kann, wie z. B. durch Observationen und Telefon- bzw. E-Mail-Überwachung. Schließlich ist das Ausspionieren linker Strukturen auch im Zusammenhang mit der zu erwartenden G8-Mobilisierung in Hamburg zu sehen.

Repression zurückschlagen!
Anna und Arthur halten das Maul!

Antirepressionsgruppe Hamburg

"Repression und Widerstand"

Broschüre zur Auseinandersetzung mit staatlicher Repression

Im Rahmen eines §129 StGBVerfahrens fand im März 2005 die seit Jahren größte Durchsuchungswelle in Hamburg statt. Noch immer laufen offensichtlich groß angelegte Observationsmaßnahmen gegen verschiedene politische Zusammenhänge.

Gegen den Umbau des Wasserturms im Hamburger Schanzenpark zu einem Luxushotel entstand vor anderthalb Jahren eine Mobilisierung, die sich gegen die Privatisierung des Parks als öffentlicher Raum und die fortschreitende Aufwertung des Schanzenviertels wendet. Das Hotelprojekt wird auch als Teil der Politik des Hamburger Senates, der sogenannten Wachsenden Stadt, angegriffen.

Von Anfang an war diese Mobilisierung mit massiver Repression konfrontiert. Fast sämtliche Demonstrationen werden von einer deutlichen Übermacht der Polizei als Wanderkessel eingeschlossen wobei es regelmäßig zu Übergriffen und Festnahmen kommt. Seit Januar 2005 gab es im Schanzenpark mehr als 300 Platzverweise und zeitweise liefen über 30 Strafverfahren.

Vor dem Hintergrund einer sich nicht nur in Hamburg verschärfenden Repression wurde im Sommer 2005 von einem breiten Bündnis eine Veranstaltungsreihe durchgeführt, um verschiedenste Aspekte ausreichend zu vermitteln und diskutieren zu können. Die Broschüre "Repression und Widerstand" enthält die überarbeiteten Diskussionsbeiträge dieser Veranstaltungen und weitergehende Beiträge.

Die Beiträge befassen sich mit Strategien und Techniken staatlicher Repression (Entwicklung der Polizeistrukturen in Hamburg, Stand der Überwachungstechnologien), dem praktischen Umgang mit Repression (Verhalten bei Demos und Hausdurchsuchungen, Aussageverweigerungsdebatte), bis hin zu einer historischen und theoretischen Einordnung (autoritäre Formierung als gesellschaftliche Entwicklungsrichtung).

Hervorzuheben ist ein ausführlicher Beitrag der zeigt, mit welchen juristischen Kniffen von links ein politischer Prozess geführt werden kann. Ein solch fundierter und ausführlicher Leitfaden zu den juristischen Handlungsalternativen in einem Prozess lag bisher nicht vor.

Auch wenn einige der Debatten ihren Ausgangspunkt in Hamburg genommen haben, sind alle Beiträge so gehalten, dass sie von überregionalem Interesse sind bzw. auch ohne Hamburgkenntnis verstanden werden können.

Die Broschüre soll Wissen um Strategien und Techniken staatlicher Repression, aber vor allem Ansätze eines Handelns dagegen vermitteln. Linke Politik findet immer vor dem Hintergrund staatlicher Bedrohung statt. Aber es gibt Mittel und Wege, sich zu schützen und zu wehren. Diese Tatsachen in einem persönlichen und politischen Alltag zu verinnerlichen, sollte ein Ziel von kollektiver und solidarischer Auseinandersetzung mit dem Thema sein. Der Widerstand gegen staatliche Repression ist nicht Inhalt emanzipatorischer Politik, sondern eine ihrer Rahmenbedingungen. Ziel bleibt es, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen.

Die Anti-Repressionsbroschüre "Repression und Widerstand" erscheint Mitte September und ist erhältlich in Infoläden und im linken Buchhandel. Bestellungen sind möglich über:

Anti-Repressions-Veranstaltungsgruppe
c/o Infoladen Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Pro Exemplar 5.- Euro zzgl. 2 Euro Porto in Bar oder Briefmarken beilegen.



Talk-Show anlässlich des Schanzenviertelfestes zu linken Kulturbegriffen und praktischen Interventionsformen

Jungle World:
Wieviel Widerspruch könnt ihr aushalten, ohne dass ihr euch unglaubwürdig macht?
Ted Gaier (Goldene Zitronen):
Man macht sich immer unglaubwürdig!

Die traditionellen Erscheinungsformen linker Subkulturen wandeln sich. Auf der Veranstaltung diskutieren linke Kulturschaffende von verschiedenen Ausgangspunkten, über die Frage wie und wo Kultur politisch ist und welche zeitgemäßen Formen der Intervention aufscheinen. Einbezogen werden Fragen zur gesellschaftlichen Entwicklung im Schanzenviertel und der Perspektiven selbstorganisierter Events wie dem Straßenfest im Schanzenviertel.

Zum Konflikt mit dem neu eröffneten Kulturhaus 73 - direkt neben der Roten Flora im Schulterblatt - veröffentlichte das Flora Plenum im Mai diesen Jahres ein Kritikpapier an diesem Projekt. Darin wurde sowohl dessen kommerzielle Zielrichtung als auch die in der Öffentlichkeit nahegelegte Bedeutung kritisiert. Speziell wurde bemängelt, dass einhergehend mit der ökonomischen Zerschlagung im sozialen und kulturellen Bereich (Mädchentreff, Dolle Deerns, Aizan, Bauspielplatz, Palette) zunehmend Projekte als stadtteilkultureller Ersatz begriffen werden, denen jegliche kritische Substanz und ein politisches Interventionsbedürfnis fehlen. Statt freiem Zugang, Kritik und solidarischer Kommunikation wird hier bloßes Entertainment und Konsumfreundlichkeit zur Zielsetzung. Das Plenum kritisierte weiter: "Mit einem Kulturprojekt wie im Schulterblatt 73 geplant, beginnt dann der Einstieg in den Ausstieg aus einer gemeinwesenorientierten Stadtteilkultur. Wenn das so genannte Kulturhaus 73 jedenfalls weiterhin unwidersprochen als Beitrag zur Stadtteilkultur angesehen wird, dann ist das der Niedergang eines Begriffs, der noch hinter das zurück fällt, was selbst in den Augen der Hamburger Kulturbehörde zu den Mindeststandards von Stadtteilkultur gehört".
(Aus: 4-Etagen HochKultur / Plenum der Roten Flora, Mai 2006)

Obwohl wir die grundsätzliche Kritik an dieser Entwicklung teilen, fällt auf, dass im Papier des Flora Plenums die Formulierung eines eigenständigen kulturellen Ansatzes fehlt. Unklar bleibt, was heutzutage Stadtteilkultur eines autonomen Zentrums sein kann oder soll. Seit der Veröffentlichung eines Beitrages der Veranstaltungsgruppe der Roten Flora Mitte der neunziger Jahre ist hierzu nicht mehr viel diskutiert. Wir wollen im Rahmen der Veranstaltung nicht die Kritik am Kulturhaus weiterentwickeln, sondern der Frage nachgehen, ob und wie, durch welche Praxis linke Kultur entsteht, wo eigene Ansprüche darin verwirklicht werden und wo sie scheitern.

Das vor der Tür stehende Schanzenviertelfest ist Anregung und Bezug, um über das Verhältnis von "Kultur und Propaganda" im Rahmen einer "Talk-Show" zu diskutieren. Eine aktuelle Ankündigung zum diesjährigen Schanzenfest beschäftigte sich kritisch mit der Frage nach eigenen kulturellen Ausdrücken und Interventionsmöglichkeiten. In dieser Ankündigung wird festgestellt, dass es immer schwieriger sei, einen politischen Charakter des Festes zu realisieren. Jenseits des klassischen Spektrums beteiligen sich Menschen quer durch alle gesellschaftlichen Schichten an diesem Event. Das Fest wird in der Öffentlichkeit zwar immer noch als eine irgendwie linke Veranstaltung begriffen, unter anderem durch die Nähe zur Roten Flora, doch gleichzeitig entwickelt diese Veranstaltung auch zunehmend einen konsumorientierteren Charakter, der die Entwicklung der Schanze vom vermeintlich "linken Stadtteil" zu einer hippen Party- und Lifestylemeile nachvollzieht. Auf der anderen Seite jedoch folgt das Fest durch seinen unstrukturierten Charakter, mehr als zu Zeiten einer förmlichen Anmeldung und Organisation, dem politischen Anspruch der völligen Selbstorganisation.
In dem Diskussionspapier wird hierzu formuliert: "Die darin vorhandene Heterogenität macht identitäre Zuordnungen und eine eindeutige Lesbarkeit schwer. Das Fest schreibt nicht eine, sondern viele Geschichten. Die gemeinsame Klammer ist das Bedürfnis sich selbst auf die Straße zu begeben und dies auch umzusetzen. Ein subjektiver Schritt über den Gartenzaun. Eine kollektive Widrigkeit gegen die Ordnung, auf niedrigem Niveau. Den ausgrenzenden Konzepten von Stadtentwicklung wird dabei ein anderer Begriff von offenem Zugang entgegen gestellt. Die Stadt gehört Allen! [...]Das Fest entwickelt sich im Positiven wie im Negativen, aus der Summe der widerstrebenden Lebensentwürfe und kulturellen Ausdrücke, von all denen, die die Straßen beleben." (Papier zum Schanzenfest 2006)
Das Motto des Festes lautet in diesem Jahr "Reclaim the Schanzenfest". Dies bezieht sich einerseits wohl auf den unangemeldeten und selbstorganisierten Charakter, will andererseits aber sicher auch die Wahrnehmung des Events verunsichern.

Die Fragen, die im Raum stehen, reichen weit über die Flora oder ein Ereignis wie das Schanzenfest hinaus. Es geht um Anknüpfungspunkte für linke Kultur zwischen identitärer Selbstversicherung und inhaltsloser Beliebigkeit. Kultur lässt sich schon lange nicht mehr in einfachen Zuschreibungen von "Punk als links" und "Pop als unpolitisch" oder "Mainstream als böse" und "Subkultur als gut" beantworten. Schorsch Kamerun von den "Goldenen Zitronen" beschrieb dies jüngst in der "Jungle World" launig mit den Worten: "Der Feindbilddampfer ist definitiv abgefahren. Von dieser Art von Punk-Radikalität kann wahrscheinlich auch der neue Mercedes-Benz werbemäßig profitieren." In wenigen Worten lässt sich das Dilemma kaum besser beschreiben.
Klare und eindeutige Bestimmungsorte von Subversivität und radikalem Protest lösen sich zunehmend auf. Die eigene kulturelle Form, wird dabei aufgrund der persönlichen Geschichte und der darin liegenden subjektiven Verbundenheit oft zur linken Kultur überhaupt erklärt. Das Gegenstück ist dann häufig die pauschale Abwertung von anderen Ausdrucksformen als unpolitisch, altmodisch, kommerziell, kulturell minderwertig oder ähnliches. Über unterschiedliche Blickwinkel und Berichte von den verschiedenen Praktiken, wollen wir mit der Talk-Show "Kultur und Propaganda" eine Diskussion eröffnen, die im besten Fall Ansatzpunkte für darüber hinausgehende Auseinandersetzungen und Perspektiven liefert.
Einige Leute aus dem Flora Umfeld
Hamburg 04.08.2006

Talkshow 07.09. 20 Uhr
Rote Flora

Die Frage der Glaubwürdigkeit

(frei erzählt nach Günther Jakob)

Linke Veranstaltungen, die ein größeres Publikum anziehen wollen bedienen sich immer noch der Logik von "Rock gegen Rechts"-Festivals: Populäre Gruppen, werden als politische Propagandamedien eingesetzt, um möglichst viele Leute zu erreichen. Die Musik wird als bloßes Mittel instrumentalisiert, denn man will die Phantasien nur anders kanalisieren als die Kulturindustrie. Ein Teil der Szene kritisiert solches Vorgehen, mit Zweifeln an der Glaubwürdigkeit und stellt dem symbolischen Protest einen vermeintlich "authentischen" gegenüber. Dabei wird gerne übersehen, daß bisher noch kein linker Widerstand ohne Symbolik auskam.

Gleichzeitig: Selbst der authentischste Protestsong bietet nicht einfach den Anblick von realen Geschehnissen, sondern er verwandelt sie in ein "Bild" und stellt daher beim Publikum ein Phantasma her. Die Chance, daß daraus bei Leuten, die nicht schon vorher engagiert waren, eine politische Handlung folgt, ist eher gering. Die Erfahrung zeigt, daß in diesem Prozeß soziale und politische Ereignisse eher kulturalisiert und genießbar gemacht werden.

Die Vertrauensfrage steht am Anfang und am Ende aller linken oder linkskulturellen Zugriffsversuche. Die meisten linken Blätter, soweit sie sich zu dem Thema äußern, unterscheiden sich kaum von Zeitschriften wie Spex oder dem Hardcore-Magazin ZAP, die im Stil der Stiftung Warentest Musik, Musiker und Labels immer wieder auf ihre "Ehrlichkeit" hin abklopfen und dabei auf stabile Identitäten und eindeutige Repräsentationen pochen. Ist die Depression nur gespielt? Kommen die Rapper wirklich aus dem Ghetto? Ist der Rock noch rebellisch oder schon korrumpiert? Ist Madonna wirklich die, als die sie sich gibt? War der Anti-CBS-Song "Complete Control" von The Clash ein Fake und meinen Atari Teenage Riot ihre Anti-Industrie-Haltung wirklich ernst? Was ist, wenn eine Plattenfirma auf euch zukommt und sagt: "Ihr bekommt 100.000 US$". Was passiert dann? (Interviewfrage der Zeitschrift Beute 2/96 an die Band Bikini Kill). Als überzeugendster Beweis für Glaubwürdigkeit gilt solchem Dogmatismus nicht zufällig der Selbstmord eines Kurt Cobain.

Es macht für Linke keinen Sinn politisierten Kulturkonsum in wirklichen und unechten Protest zu unterteilen. Man würde damit nur der Fiktion einer ursprünglichen und vorkulturindustriellen, von Markteinflüssen freien subversiven Kreativität aufsitzen, die erst im Nachhinein und unter heroischem Protest vom Markt "vereinnahmt" wurde. Das aber ist eine Erfindung von Mittelklasse-Subkulturen, die sich über den konstruierten Gegensatz zwischen "progressiven" und "konsumorientierten" Kulturverbrauchern einen besonderen Status als Innovatoren verschaffen wollen.

aus der Post:

Friedliche Koexistenz

Vor einiger Zeit veröffentlichte die Rote Flora eine "Erklärung zur Kommerzkultur im Schanzenviertel -Vier Etagen hoch Kultur". Im wesentlichen geht es auf den vier DIN A 4 Seiten um das geplante "Stadtteilkulturprojekt" der Pferdestall Kultur GmbH, die im Gebäude neben der Flora einen viergeschossigen Entertainmentpalast plant. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang auch die Politik der Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG), die Berichterstattung der bürgerlichen Presse und die allgemeine Umstrukturierung des Schanzenviertels (aufgepeppte Piazza gegenüber der Flora, steigende Mieten etc.). Im Detail wird auch beleuchtet, wie studentische AStA-Mittel von über 100.000 Euro in die Pferdestall GmbH flossen und den Grundstein für ein kleines Kneipenimperium legten.

Wovon jedoch in der Erklärung nicht geredet wird, ist die Politik der Roten Flora selbst. Aus dem Kampf gegen die Umstrukturierung des Schanzenviertels Ende der achtziger Jahre entstanden, wurde die Flora wie andere Alternativprojekte (Läden oder Häuser) auch zum Ideengeber für die Umstrukturierung. In der Roten Flora dominieren seit Mitte der neunziger Jahre Partys, Konzerte - ganz allgemein (alternative) Kulturveranstaltungen. Politische Initiativen und Organisationsstrukturen sind ein Minderheitenprogramm. Die Feten und Konzerte dienen zwar häufig dazu, politische Initiativen zu finanzieren, ersetzen können sie diese jedoch nicht. Bevor irgend jemand an eine mit Möchtegern-Yuppies überfüllte Piazza dachte, gab es die Erfahrung, das sich bei angesagten Konzerten junge Alternativos aus den Vorstädten vor der Flora auf dem Schulterblatt stauten. Die Eintrittspreise waren damals und heute relativ moderat, linker Kommerz (i.S. eines Geschäftes) war und ist es gleichwohl. Dies hatte zweierlei zur Folge: Linkssein ließ sich gefühlt auf den hippen Ausgehevent reduzieren. Den Entscheidungsträgern in der Stadt und den bürgerlichen Geschäftsleuten wurde deutlich vor Augen geführt, welches Ausgeh- sprich Verwertungspotential im Schanzenviertel steckt. Nur die Zielgruppe musste ein wenig ausgeweitet werden. In diesem Sinne trifft die Flora keine Schuld, der politischen Dialektik entkommt keine/r. Die Nichtreflektion der eigenen sozioökonomischen Position ist jedoch Ausdruck des politischen Niederganges. Mithin durchscheint die Erklärung der Roten Flora fast so etwas wie Angst vor echter Konkurrenz. Jetzt könnten andere kommen, die nicht nur eine Kneipe betreiben, sondern auch zugkräftige Events abfeiern. Ob das auf das Laufpublikum der Flora durchschlägt .....

Gäbe es noch ein Zentralkomitee (von dem ich hoffe, dass es nur als freie Räterepublik wieder auferstehen würde), dann wäre jetzt Selbstkritik und drei Jahre Bewährung in der Produktion angesagt. Andererseits, da die Flora und auch sonst die Linke das Rad nicht zurückdrehen kann, erinnerte die jetzige Situation an das sowjetische Konzept der friedlichen Koexistenz. Wie dieser Defensivposition mitgespielt wurde ist bekannt: Die andere Seite hatte ein effizienteres Wirtschaftssystem und deshalb auch mehr Raketen, sprich Knüppel im Sack. Versuchen wir zumindest, ideologisch klar bzw. selbstkritisch zu bleiben.

der Viertellinke

Reclaim the Schanzenfest

Für selbstbestimmte Kultur und permanente Revolte! Gegen das Immergleiche und die Totalität des Normalen!



Das Straßenfest im Schanzenviertel findet seit 18 Jahren statt. In dieser Zeit hat sich der Stadtteil und der Charakter des Festes immer wieder gewandelt. Wir wollen diesen Wandel im Rahmen des diesjährigen Festes zur Diskussion stellen. Wohin hat sich der Stadtteil entwickelt, welche Rolle spielt selbstorganisierte Kultur und wo liegen mögliche politische Interventionsformen?

In den letzten Jahren wurde der öffentliche Raum einer immer größeren Kontrolle unterworfen. Im Zuge einer Diskussion um die "Innere Sicherheit" wurden dabei zahlreiche bürgerrechtliche Minimalstandards abgeschafft. Mit Überwachungskameras, Platzverweisen und Gebietsverboten wird versucht, eine Normalität herzustellen, zugunsten einer konsumfreundlichen Umgebung. Statt der Entwicklung eines solidarischen Begriffes von Öffentlichkeit werden privatwirtschaftliche Bedürfnisse zu einer totalitären Vorgabe der Lebensbedingungen.
Im Rahmen von folterähnlichen Brechmitteleinsätzen wird hierbei sogar der Tod von Betroffenen in Kauf genommen. Dass Hamburg selbst nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, das ein Ende der Brechmittelvergabe verlangt, an dieser Praxis festhalten will, zeigt die autoritäre Wirklichkeit in dieser vorgeblich liberalen Stadt. Bürgerliche Rechte und Zugänglichkeit von z.B. medizinischer Versorgung oder Bildung werden in einem immer stärkeren Maße an Herkunft und finanzielle Situation geknüpft. Wer arm ist hat nichts verloren in der neuen schönen Welt einer überwachten Freizeitgesellschaft, die sich und andere ausschließlich über Verwertbarkeit und Arbeit definiert.
Proteste gegen die zunehmende ökonomisierung und Abschaffung des Sozialen werden begleitet von massiven Einschränkungen des Demonstrationsrechtes durch Auflagen, Spaliere und polizeiliche Eskalation. Im Schanzenviertel führte diese Politik zu einer Dauerpräsenz der Polizei gegen unliebsame Bevölkerungsgruppen, wie Obdachlose, die Drogenszene oder politische Bewegungen. Das Schanzenfest definiert die kapitalistischen Verhältnisse nicht um. Aber es ist ein temporärer Ausbruch aus der vorgegebenen Ordnung, wie Freizeit, der Stadtteil und unser Leben darin zu funktionieren hat und organisiert sein soll. Es ist der spielerische Versuch, der immer größeren Kontrolle und Befangenheit unseres Alltags einen offenen, widerspruchsvollen Raum des Feierns, der Kommunikation und Selbstdarstellung entgegenzustellen.

Die darin vorhandene Heterogenität macht identitäre Zuordnungen und eine eindeutige Lesbarkeit schwer. Das Fest schreibt nicht eine, sondern viele Geschichten. Die gemeinsame Klammer ist das Bedürfnis sich selbst auf die Straße zu begeben und dies auch umzusetzen. Ein subjektiver Schritt über den Gartenzaun. Eine kollektive Widrigkeit gegen die Ordnung, auf niedrigem Niveau. Den ausgrenzenden Konzepten von Stadtentwicklung wird dabei ein anderer Begriff von offenem Zugang entgegen gestellt. Die Stadt gehört Allen! Standgebühren gibt es daher ebensowenig wie eine Aufrasterung und Besitzname des Pflasters durch Standnummern.
Das Schanzenfest verstand sich in den letzten 18 Jahren auch als ein widerständischer Ausdruck jenseits klassischer Protestformen. Eine kulturelle Veranstaltung, die Formen von Ausgrenzung und Vertreibung, Herrschaft und Repression thematisiert und aufgreift. In Zeiten politischer Bewegung füllte sich dieser Anspruch scheinbar von selbst. Heute, im Zuge eines umstrukturierten Stadtteils und hedonistischen Zeitgeistes, ist dies schwieriger zu erkennen. Das Schanzenfest ist darin lediglich Ausdruck einer allgemeineren Entwicklung. über ein solches Ereignis werden bestehende Widersprüche aber offenbar und daher bietet sich darin im besten Fall die Möglichkeit, diese kritisch aufzugreifen und andere Blickwinkel zu finden.

Es geht letztlich darum, sich immer wieder neu zu erfinden. Ob dies für das Schanzenfest möglich ist, liegt an allen die sich als aktiven Teil dieses Events begreifen wollen. Das Fest entwickelt sich im Positiven wie im Negativen, aus der Summe der widerstrebenden Lebensentwürfe und kulturellen Ausdrücke, von all denen, die die Straßen beleben. Von allen, die nicht die bestehenden Verhältnisse feiern wollen, sondern das Begehren nach deren Überwindung.
In diesem Jahr wird das Experimentierfeld Schanzenfest am Samstag dem 9.9.2006 stattfinden. Ab 12 Uhr werden im Schulterblatt, der Susannenstraße und der Bartelsstraße wieder Flohmarktstände, Infostände, Soundsysteme und Livemusik zu finden sein. Alle sind eingeladen und aufgefordert, sich mit eigenen Ideen zu beteiligen. Das Fest organisieren sich alle Beteiligten selbst und es gibt keine delegierte Vorbereitung.
Wir sehen uns auf der Straße!



Ein ähnliches Brutverhalten wie der gemeine Feuersalamander legt der Kartoffelkäfer an den Tag. Nur hinterlegt er mit Vorliebe seine (gekochten) Kartoffeln in Auspuffrohren, was zu deren völligen Verschluss führen kann.

Die politische Debatte fängt erst an

I

Das Freie Sender Kombinat (FSK) ist umgezogen! Wir sind ziemlich glücklich, dass das geklappt hat. Wir haben eine veraltete Technik, muffige Räume und eine rotte Infrastruktur hinter uns gelassen. Es war viel Arbeit, Renovieren, Einrichten, aber immer war klar, dass das Spaß macht, weil wir die Möglichkeiten erweitern, mit Radio in den Alltag einer unerträglichen Welt zu intervenieren. Gerade in diese Phase des Aufbruchs fiel der in der Zeck veröffentlichte Text "Wo einige gleicher sind". (Zeck 133)

II

Kritik ist immer richtig und kennt keine Saison. Aber handelt es sich bei der fsk-Kritik um Kritik? "FSK sendet ein immer gleichförmigeres Programm, das immer weniger Leute hören. Diese Entwicklung ist eine direkte Folge der inneren Zustände des Senders." Klingt griffig. Drei Behauptungen, die nicht beweisbar sind. Wieviel Leute hörten den Sender, der in den 90ern damit warb, Radio zum Abschalten zu machen? Und klingt das Programm gleichförmiger wegen innerer Zustände? Das hört sich so an, als ob im FSK Sendungen inhaltlich gleichgeschaltet werden. Das ist Quatsch. Es gibt klare, selbstgesetzte Grenzen - Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Faschismus haben auf 93,0 Megahertz nichts zu suchen. Diese Grenzen müssen selbstverständlich eingehalten werden, weil wir mit dem Radio dagegen kämpfen. Jede/r Sendende entscheidet, wie sie oder er diesen Kampf gestaltet.

III

Die Strukturen im FSK sind umstritten, seitdem es diesen Furchtbar Schwierigen Konsens, gibt. FSK ist - anders als die Flora - ein Zufallsprodukt der linksradikalen Autonomie-Bewegung der Achtziger. Viele linke Gewißheiten waren in Frage gestellt. Auch die, dass ein offenes Plenum mehr Mitsprache beschert. Jede und jeder in der Linken weiß das Lied von den informellen Strukturen zu singen. FSK hat einen anderen Weg gewählt. Ausgehend von den autonomen Gruppen haben sich diese als Radiogruppen zu einem bürgerlichen Verein - AnbieterInnengemeinschaft im Freien Sender Kombinat e.V. - zusammengetan. Die AnbieterInnengemeinschaft ist ein rätedemokratisches Delegiertenplenum, das FSK als politisches Projekt gewährleistet. Sie entscheidet überhaupt nur über redaktionelle Belange, wenn die inhaltlich autonomen Redaktionen diese hereintragen oder - wie zuletzt die Inforedaktion - nicht funktionieren. Entgegen anders lautender Behauptungen werden und wurden die meisten Entscheidungen übrigens konsensuell getroffen.
In der kollektiven Erinnerung dominieren die harten Konfrontationen mit unversöhnlichen Abstimmungen. Ein solcher Streit ging um den Vergleich von Israel mit Nazi-Deutschland. Nachdem ein Konsens unmöglich war, befand die Mehrheit, dass antisemitische Äußerungen im FSK nichts zu suchen haben. Die Grenze wurde - anders geht es in selbstorganisierten Projekten nicht - konsequent gezogen. Die Leute, die sich über die Strukturen beklagen, sind Feinde dieser konsequenten Haltung. Aber ohne folgenreiche Entscheidungen gibt es kein Freies Radio.

IV

Die FSK-Struktur, die Mitte der 90er Jahre von allen Gruppen getragen wurde, war immer umstritten. Als mit der Vollfrequenz viele neue und nicht mehr in den Gruppen organisierte Leute ins Projekt kamen, gab es plötzlich eine Trennung. Es gab Leute, die sendeten, ohne - über ihre Gruppen - an den politischen Entscheidungen teilzunehmen. Diese Trennung läßt sich nur aufheben, wenn sich die Sendenden in den Radiogruppen organisieren. Um diese Organisation geht es. Kein Bedarf hat Freies Radio an Gruppen, die als Verlängerung von Parteien und ähnlich apparathafter Politik fungieren. Sie begreifen das Radio nicht als Projekt der Selbstorganisation, sondern nutzen es für ihre Belange, die oft genug in der Geschichte jede Emanzipation blockiert haben.

V

Neben unbeweisbaren Behauptungen strotzt das Flugblatt vor Lügen. Die Charakterisierung der Sendung vom 31. Mai stimmt nicht (die Berichterstattung kann unter www://freie-radios.info/portal/content.php?id=13477 gehört und gelesen werden). Und auf zip-FM, einer täglichen Nachrichtensendung der deutschsprachigen freien Radios, läuft immer wieder mal was, wie jüngst zum DIY in Freiburg. Auch gab es in den letzten Jahren immer wieder neue Gruppen im FSK, wie die Vorbereitung für den G8-Gipfel in Heiligendamm.
Die einzige Voraussetzung für Sendungen im FSK war und ist: verbindliche Diskussion. Genau diese war mit einem Redakteur von Knast und Justiz nicht möglich. Die Diskussion begann schon vor Jahren. Immer wieder war der Redakteur für politische Inhalte verantwortlich, die immer wieder kritisiert wurden. Als er an einer Sendung mit antisemitischen Äußerungen beteiligt war, hat er sich nicht distanziert, sondern diese verteidigt. Eine Auseinandersetzung wurde von ihm verweigert. Deshalb war klar, dass so jemand nicht auf FSK senden kann. Sein Kollege bei Knast und Justiz hatte - unter Hinweis auf den Bestand der Sendung - später erwirkt, dass er wieder - und nur diese Sendung - mitmoderieren konnte. Der Redakteur hat sich auch an diese Absprache nicht gehalten. Es war nicht das erste Mal. Manchmal braucht es nicht viel, dass es reicht. Wo keine Verbindlichkeit ist, gibt es keine kollektive politische Perspektive.

VI

Mit einigen der Unterzeichnenden gab es in den letzten Jahren manifeste politische Differenzen. Sie tragen auf FSK selbstverständlich noch immer zum gleichförmigen Programm bei .
WiseUP! beispielsweise wollte vor Jahren einmal aus einem Landser-Roman vorlesen, um das Leiden des Wehrmachtsopas zu vergegenwärtigen. Leute vom Salon Rouge und von Sonido Bestial wollten eine Radiogruppe gründen. Ihre Verbindlichkeit haben sie dadurch bewiesen, dass sie auf dem Plenum nur erschienen, wenn es darum ging, Kritik an antisemitischen Äußerungen zu bekämpfen. Tatsächlich: im und mit FSK ist anderes und viel mehr möglich. Kriterium ist aber nicht - wie vielleicht bei Tide - die ‚Vielfalt', sondern das Interesse, sich politisch ernsthaft selbst zu organisieren.

VII

FSK entwickelt sich jenseits linksidentitären Bekenntniszwangs. Es hat sich nie, von welchem Mainstream auch immer, unter Druck setzen lassen. Es kritisiert alle Linken, die behaupten, für welche Opfer auch immer zu sprechen (und damit das eigene Elend vergessen machen und deshalb aus ihrer eigenen Opferrolle nie herauskommen), und es bekämpft alle Linken, die den deutschen Nationalismus intakt lassen, indem sie nur die USA und Israel anfeinden. FSK zersetzt linke Mythen - das ist zumindest unsere Hoffnung. Das gefällt nicht allen. Denn FSK - mit seinen Produktionsmitteln - weckt Begehrlichkeiten. Medien bedeuten - so der Kinderglaube der Linken - Macht. Wir wissen, sie eröffnen nur Möglichkeiten, die entfaltet werden müssen in einer vielfältigen Aneignung. FSK spricht "für" niemanden, FSK sendet "An Alle". Nicht irgendwen befreien, sondern uns: darum geht es. Die Aneignung Freien Radios - das ist die Krise des FSK - ist längst nicht weit genug getrieben.

VIII
Die Unterzeichner des Flugblatts "Wo einige gleicher sind" glauben, "die Mitsprache aller" löst diese Krise.
Wir glauben, dass nur die politische Organisierung aller die Aneignung vorantreiben kann. Dazu würde es eben nicht nur gehören, einmal im Monat seine oder ihre zwei Stunden Sendung zu betreuen und gelegentlich mal ein Flugblatt zu schreiben, bei dem, man so richtig Dampf abläßt'. FSK ist angetreten, das Elend dieser identitären Linken und ihres autoritären Charakters zu überwinden.
Für dieses Projekt braucht FSK Unterstützung. Unsere politische Unabhängigkeit ist nur durch die finanzielle Unabhängigkeit möglich.
Werdet Fördermitglieder! Und beteiligt Euch! Vervielfältigt freies Radio, organisiert Euch in den Radiogruppen, produziert Sendungen und bringt den Alltag durcheinander!

AnbieterInnengemeinschaft im FSK e.V.

Wo einige nicht verstehen wollen

oder: wie man persönliche Interessen als Kritik an FSK verkauft

Etwas zu kritisieren, um die herrschenden Verhältnisse zu verändern - in der Welt, in dieser Gesellschaft oder auch in einzelnen linken Projekten wie z.B. dem Freien Sender Kombinat (FSK) - ist nicht nur legitim, sondern Notwendigkeit. Das eigene schiefe Verständnis von "Demokratie" und den Frust über die Tatsache, daß man sich als zuschauende Minderheit mit den eigenen Wünschen und Vorstellungen nicht durchgesetzt hat, hinter einer vermeintlichen Kritik zu verstecken, hierbei mit falschen Behauptungen, offensichtlichen Lügen und demagogischem Getue zu arbeiten, ist hingegen perfide und verlogen - und sagt vor allem etwas aus über die, die diese Art von "Kritik" als offensichtliche (Selbst)bestätigung brauchen.

Das klingt hart, ist allerdings auch so gemeint. Bereits vor vielen Jahren habe ich mir als damaliges Vorstandsmitglied von FSK immer wieder Sprüche anhören müssen wie "Ihr da oben nehmt doch keine Rücksicht und zieht einfach euren Stiefel durch". FSK sei "undemokratisch", dort gebe es eine "Machtclique" und wie die sattsam bekannten und benutzten Begriffe so lauten - nur werden sie durch ständige Wiederholung nicht ein Jota richtiger. Und so langsam scheint es mir an der Zeit, zu derartigen Anwürfen doch einmal etwas zu sagen.

Wiederholt werden solche Vorwürfe im Ton von Feststellungen und "Wahrheiten" auch in dem Papier "Wo einige gleicher sind", das auch in den Lokalberichten veröffentlicht wurde. Das Papier fängt gleich mit einer offensichtlichen Lüge an, indem nämlich behauptet wird: "Mittwoch 31.05. 22 Uhr: Hamburg hat einen Tag voll politischer Auseinandersetzungen erlebt, die zu dieser späten Stunde noch andauern. FSK sendet eine halbstündige Zusammenfassung der Ereignisse. Akteure und Betroffene kommen nicht zu Wort, die Forderungen und politischen Inhalte, um die es diesen Tag gegangen ist, werden mit keiner Silbe erwähnt". Tatsache ist - und wer möchte, dem schikke ich gern das mehrseitige Sendeprotokoll von diesem Tag, es hier abzudrucken möchte ich den LB (Lokalberichte) nicht zumuten - dass FSK den gesamten Tag über damals über die Demonstrationen, Festnahmen und Hausdurchsuchungen berichtet hat, und zwar auch und gerade direkt durch Betroffene, die nämlich über Handy berichteten, was sich wo abspielte. Und natürlich nehmen auch die politischen Inhalte - nämlich die Proteste gegen Studiengebühren etc. - entsprechenden Raum in der Berichterstattung ein. Warum also die Lüge, denn die "KritikerInnen" wissen natürlich, dass es eine ist? Die Erklärung folgt zwei Absätze weiter: "Die entpolitisierten und polizeifixierten Demoberichte des FSK sind oft kritisiert worden auch im Sender selbst. Dennoch machen die immer gleichen Leute weiterhin die immer gleichen Demosendungen. Was seinen Grund hat: Entscheidungen, die das gesamte Projekt betreffen, fällt eine kleine Gruppe von Leuten. Und die diskutiert nicht und lässt sich nicht kritisieren". Die Lüge hat also einen Zweck: durch sie soll belegt werden, dass die "Machtclique" zum einen die Tatsache verschuldet, dass die Qualität der Sendungen bei FSK "unter der Grasnarbe" sei und darüber hinaus, dass nur jene politischen Inhalte erwähnt werden, die dieser "antideutsch dominierten Machtclique" genehm seien. Und genau so geht es dann weiter, es wird ein wenig herumgerührt im vermeintlich undemokratischen Sumpf, was schließlich in dem Satz gipfelt: "Während von außen kaum noch neue Leute und schon gar keine Gruppen es mehr in das FSK schaffen, macht sich drinnen eine Stimmung zwischen Resignation und Einschüchterung breit". Wer soll da wen einschüchtern? Und wer sollte sich einschüchtern lassen? Resignation? Ich kann sie nicht feststellen - es sei denn, bei den KritikerInnen. Auf meine Frage an sie, ob sie sich denn über ihre Kritik innerhalb des Projektes auseinandergesetzt hätten, wurde mir geantwortet: nein, und das wolle man auch nicht, das bringe eh nichts. Natürlich, man kann sich ausrechnen, dass eine Mehrheit manche Diunge anders sieht und anders möchte, man sich also mit den ureigensten Vorstellungen nicht ohne Probleme und Diskussionen wird durchsetzen können. Und da scheint es allemal bequemer, von außen Druck zu machen, wie das jemand nannte. Aber was für ein Verständnis offenbart sich da eigentlich? Ich beteilige mich an einem Projekt, und wenn es dort nicht so läuft, wie ich möchte, dann bin ich sauer und erkläre jedem, wie undemokratisch dieses Projekt doch sei?? Das sagt wenig über das Projekt, aber viel über das eigene Verständnis aus. In der Vergangenheit ging das so weit, dass einige meinten, mit Hilfe der bürgerlichen Gerichte (einstweilige Verfügung, Klage) gegen das "eigene" Projekt zu Felde ziehen zu müssen. Dazu kann ich nur sagen: wer so handelt, hat nicht nur rein gar nichts kapiert, er hat auch in diesem Projekt nichts mehr verloren. Und ich füge als persönliche Anmerkung hinzu: vielleicht ist in der Vergangenheit an solchen Punkten von der Mehrheit nicht konsequent genug gehandelt worden.

Ein Wort zum Sendeverbot für Wolfgang von Knast und Justiz, das in dem Papier quasi vereinnahmt und als weiterer Beleg für die Willkür der "Machtclique" vorgeführt wird. Als Redakteur, der die Sendung Knast und Justiz vor ca. 10 Jahren ins Leben gerufen hat, habe ich einige Jahre lang gemeinsam mit Wolfgang gesendet. Wir waren und sind nicht immer einer Meinung, und das Sendeverbot für Wolfgang finde ich zum jetzigen Zeitpunkt so unnötig wie ich dessen Vermittlung nach außen für schlecht halte. Aber: es hat seinen Grund nicht einfach darin, dass bestimmte Inhalte nicht weiter vorkommen sollen. Weder bin ich politisch dem "antideutschen Lager" zuzurechnen noch haben sich die Inhalte von Knast und Justiz im Prinzip geändert. Die Gründe für das Sendeverbot sind vielschichtiger, müssen hier aber nicht im Detail ausgebreitet

werden. Dennoch als Hinweis: es war Wolfgang, der als Delegierter der damaligen Gruppe Forumradio für diese in der AnbieterInnengemeinschaft (dem höchsten Gremium von FSK) deren Klage vor dem Amtsgericht gegen das Projekt ankündigte und begründete - etwas, was sich bis heute tatsächlich viele gemerkt haben. Das erklärt denn u.a., warum sich in diesem Fall die Gegner eines Sendeverbotes schwer taten.

Vielleicht sollte man einige Sätze zu der Frage sagen: was ist eigentlich Freies Radio - und was ist es nicht? Nach dem Verständnis der Mehrheit bei FSK ist Freies Radio nicht der "Wurmfortsatz" irgend einer linken Bewegung der Strömung. Und FSK ist auch nicht der "linke offene Kanal". Oder anders ausgedrückt: Freies Senden begehrt etwas anderes: öffentliche Produktion. In einer Gesellschaft, in der Privatbesitz das höchste geschützte Gut ist und in der alle Produktion entsprechend privat ist, begehrt Freies Radio, öffentlich zu produzieren, was niemandem jemals gehören wird: Radio, die ausgestrahlte Stimme, wie sie sich zufällig über die Radiogeräte der Stadt verteilt. Im FSK ist jede und jeder richtig, die nicht privat "ihre" eigene Sendung produzieren will. Das können alle vielleicht bei TIDE tun. Da werden Sendungen vom Chefredakteur eingeteilt und wie Privatbesitz behandelt - ganz im Rahmen kapitalistischer Produktionsbedingungen. Im FSK sind Sendeplätze kollektiver Besitz. Mit den Redaktionen schaffen wir öffentliche Produktionsbedingungen. Das ist nur möglich, weil die politische Struktur des Senders von den Einzelinteressen der Sendenden unabhängig ist. (...) So essentiell Gegenöffentlichkeit innerhalb der Hamburger Medienlandschaft ist, FSK muss darüber hinausgehen. Als Teilöffentlichkeit ermöglicht es politische Intervention. Unsere HörerInnen sind keine KonsumentInnen, sondern ProduzentInnen kritischer Öffentlichkeit. Als Sprachrohr einer Szene wäre die politische Teilöffentlichkeit nicht erreichbar, sondern nur als Partikularöffentlichkeit beschallbar. Nicht die Versicherung einer linken Identität müssen wir produzieren, sondern die Debatte über das gesellschaftliche Elend. Erst sie kann perspektivisch das soziale Verhältnis von Hörenden und Sendenden aufheben. Wer also dauernd behauptet, bei FSK sorge die "Machtclique" für undemokratische Verhältnisse, hat nicht nur nichts davon verstanden, er degradiert auch bis zu 150 Menschen, die bei FSK Sendungen produzieren, immer wieder zu Objekten jener vermeintlichen Machtclique - das ist zwar erklärbar getreu dem eigenen Verständnis als nicht beachtetes, unterdrücktes Objekt, das sich durch die Vorwürfe zeigt, gleichwohl aber gegenüber den anderen Sendenden nicht weniger übel.

Natürlich gibt es an FSK, an den Strukturen, an dem, was sich dort täglich abspielt, notwendige Kritik. Es geht weder mir noch anderen so, dass wir davon ausgingen, es sei alles wunderbar. Aber Kritik - solidarische Kritik, die jene KritikerInnen einfordern, aber nicht zu leisten bereit sind - bedingt ständige Auseinandersetzung, ständige Mitarbeit, sich selbst zu begreifen als innerhalb des Projektes frei assoziiertes und handelndes Subjekt. Wer sich an einem Projekt wie FSK beteiligt, sollte dies nicht tun, weil er dort seine Sendung(en) machen will und damit hat sich. Genau an diesem Punkt liegt aber leider oft das Problem. Damit ein Radio funktioniert, bedarf es vielfältiger Arbeit, Organisation und Überlegung. FSK funktioniert nicht von selbst, Menschen müssen sich einbringen, auch und gerade über ihre Sendung hinaus, sich als Teil des Ganzen verstehen, mitdenken, mitarbeiten. Es ist jedoch leider wie bei vielen anderen Projekten auch: einige wenige müssen viel erledigen, damit der Laden läuft und geraten so quasi automatisch in eine Situation, in der sie mehr entscheiden als andere, die sich nicht derart beteiligen: Wir sind die warenförmigen Verkehrsformen keineswegs losgeworden, vielmehr reproduziert sich die spektakuläre Teilung in Aktivität und Passivität, Teilnahme und Kontemplation, Handelnde und ZuschauerIn innerhalb des Radios. Die durch Handeln erreichte Kompetenz wird von dem freiwilligen Publikum als Macht einer Einzelperson, Clique oder eines Machtzentrums wahrgenommen, während sie sich selbst nur als Basis, somit Gralshüter der Anti-Macht, Bewegung, Politik, Unschuld, revolutionären Ambitionen, begreifen können. So entstehen zugleich deformation professionelle der in den SpezialistInnenstatus gedrängten und von Seiten der spectateurs die Projektion einer konterrevulutionären Verschwörung der Macht.
[(Hä????? die Redaltion]
Ja, wir brauchen eine ständige Auseinandersetzung über Freies Radio und dessen Möglichkeiten, die noch lange nicht ausgereizt sind, im Gegenteil. Ja, wir brauchen eine Debatte darüber, was FSK in dieser Stadt und ggf. auch darüber hinaus leisten kann und will, immer wieder neu sozusagen. Und vor allem brauchen wir natürlich möglichst viele Menschen, die sich auch bei FSK einbringen wollen, an dem teilhaben wollen, was Freies Radio letztlich will: die Aufhebung des sozialen Unterschiedes zwischen Hörenden und Sendenden, das Radio als öffentlicher Raum. Jede und jeder, der dies möchte, ist zu entsprechender Auseinandersetzung in Theorie und Praxis eingeladen, mensch kann im übrigen jederzeit auch persönlich bei FSK vorbeischauen, und sei es auch nur, um sich den Laden mal anzuschauen. Was wir alle aber - über FSK hinaus wie ich finde - nicht brauchen können, ist der untaugliche Versuch, das erkämpfte, so wenig es auch sei, als quasi Teil der Gegenseite zu denunzieren, um so den eigenen Unwillen zur Auseinandersetzung zu erklären und die eigenen Interessen zu befördern. Das ist auch dann nicht hinnehmbar, wenn es denn - was ich in diesem Fall nicht denke - nur auf der Unwissenheit der Betroffenen über das Wesen von Freiem Radio und FSK im Konkreten beruht. Und sei es auch nur deshalb, weil wir die Zeit, die wir alle brauchen, uns mit diesen Versuchen auseinander zu setzen und sie letztlich als das zu entlarven, was sie sind, für alle nutzbringender verwenden könnten. Etwa bei der Umsetzung von Wünschen: Unser Wunsch nach freiem Radio hat nicht nachgelassen, im Gegenteil. Ein Radio, das im Knast Handlungsräume eröffnet, statt Linke als Märtyrer zu feiern. Ein Radio, das abweicht und alle Regeln quert. FSK ist ein Geschenk, das Geschenke sendet. Sie sollen in der freien Assoziation glücklich machen. Und wie nebenher die nationalen Identitäten zerstreuen, die sozialen Interventionen in den Alltag vervielfältigen und mit den öffentlichen Produktionen experimentieren, um die größtmögliche emanzipatorische Veränderung der Gesellschaft und des Lebens zu erzeugen.

JES

Der Marder

Besonders auf zerbrechliches Glas hat es der Marder abgesehen. Ist das von ihm anvisierte Objekt zu stabil, begnügt er sich nicht selten damit, es anderweitig durch das flächige Auftragen von Farbe oder anderem unbrauchbar zu machen. Gefürchtet auch hier die Schäden an unbewachten in der Nähe von Waldstücken oder Hecken abgestellten Fahrzeugen. Aber wer kann dem kleinen Schlauberger böse sein, dass er sich gegen ein Eindringen in seinen Lebensraum zur Wehr setzt?

ANTIFA RELOADED

Sommerloch oder Antifa-Sommer? Entscheidet selbst:
- Antifa verteilt Bonusmeilen / Antifa Action gegen den NPD-Stand in der City (07.06)
- Wir wissen wo ihr wohnt, wo ihr arbeitet und was ihr sonst so treibt! / Antifas outen drei Nazi-Kader (25.07.06)
- Alt, aber noch nicht beerdigt / Nazi-Gedenkfeier auf dem Ohlsdorfer Friedhof (30.07.06)
- Sammelbildchen Nr. 3

und haltet euch den 14.10.06 frei - da will die NPD durch die City marschieren um noch mehr Bonusmeilen zu sammeln...

eure Antifa-Lokalredaktion

Antifa heisst Angriff!

Antifa verteilt Bonusmeilen / Antifa Action gegen den NPD-Stand in der City (07.06)

Spontan und möglichst ohne Zwischenfälle wollten die NPD`ler um Anja Zysk am Freitag morgen in der Mönckebergstraße, auf der Ecke des Vodaphone-Shops, in dem Frank Försterling eine Ausbildung macht einen "Infostand" machen. Die Nazis waren mit ihrem letzten (oder ersten) Aufgebot vertreten und ca. zu 12. Die Bullen waren Anfangs nur mit drei Streifenhörnchen vertreten. Das erste Mal wurde der Stand von mehreren BürgerInnen abgeräumt die sich die Shopping-Laune nicht durch die Nazipropanganda versauen lassen wollten, dem folgte eine weitere Abräum-Aktion von erbosten ShopperInnen. Inzwischen waren 50 Antifas am Start die nun dafür sorgten, dass die Nazis ihren Stand ziemlich hektisch abbauen mussten. Inzwischen waren einige ErsatzhundertschaftlerInnen eingetroffen die mal wieder die Nazis vor körperlichen Platzverweisen schützten und die Nazis ebenfalls sehr hektisch in georderte Wannen pferchten und wegbrachten.
Alles in Allem ein sehr köstlicher Auftritt der Hamburger NPD plus "freier Kräfte", kein Wunder also, dass sich die Website der NPD Hamburg über diesen Auftritt ausschweigt. Und da davon auszugehen ist, dass die Nazis mit diesem Stand schon mal die Fluchtwege für ihre Demo im Oktober testen wollten, können wir also gespannt sein was Zysk / Hohensee und Co uns dann dort für neue Kunststücke darbieten werden.

Das Stinktier

Das Stinktier verbreitet an strategisch wichtigen Punkten eine besonders eklige Flüssigkeit. Wer einmal das im Forstgewerbe benutzte „Hukinol" gerochen hat, wird diesen Gestank so schnell nicht vergessen. Es gibt aber auch Unterarten unseres pelzigen Freundes, deren Absonderungen eher nach faulen Eiern oder ähnlich unangenehmen Substanzen riechen.

Wir wissen wo ihr wohnt, wo ihr arbeitet und was ihr sonst so treibt! / Antifas outen drei Nazi-Kader (25.07.06)

Anknüpfend an die Outing-Aktionen im letzten Jahr wurden drei Nazi-Kader geoutet die in den letzten Monaten für die Hamburger Nazi-Szene wichtige Funktionen erfüllten: Anja Zysk (NPD Hamburg Vorsitzende), Thorsten de Vries (Buddy von Naziladenbesitzer Volker Fuchs, seit den `90ern fester Bestandteil und Führungskader der "Freien Nationalisten" und eigentlich bei jedem Nazi-Aufmarsch am Start) und Frank Försterling (möchtegern Anti-Antifa). Zysk wohnt in Eimsbush (Müggenkamp 23), de Vries in der Innenstadt (Mehringweg 20) und Försterling wurde bei seiner Ausbildungsstelle dem Vodaphone-Shop in der Spitalerstr./MÖ (s.O.) geoutet (Wohnung in der Katharinenstraße). Die Ressonanz in der Öffentlichkeit und in der Presse waren vergleichbar positiv wie bei vorhergegangenen Outings. Dies zeigt einmal mehr, dass AnwohnerInnen bzw. KundInnen nicht nur ein Interesse an Informationen haben sondern ganz und gar kein Bock auf Nazis! Besonders deutlich wurde dies in Eimsbush wo sich inzwischen ein zivilgesellschaftliches Bündniss gegen Rechts gegeründet hat. Näheres zum Outing und Fotos auf www.antifainfo.de.

Alt, aber noch nicht beerdigt / Nazi-Gedenkfeier auf dem Ohlsdorfer Friedhof (30.07.06)

Am Sonntag den 30.07. versammelten sich ca. 25 Nazis höherem Jahrgangs um ihren Opfern der Bombenangriffe im 2. Weltkrieg auf Hamburg zu gedenken. Eingeladen hatte Günter Teppris (war mal Kandidat für die DVU in Bramfeld) über eine Anzeige in der Nationalzeitung. Unter den Nazis waren DVU`ler und Mitglieder der "Bürgerinitiative Hamburger Opfer unvergessen" und der NPD Harburg. Alle Fraktionen warfen Kränze ab. Bei ihrer Trauerrede wurden sie von ca. 70 Antifas massiv gestört. Was aus 20 Jung-Nazis geworden ist, die sich Anfangs in der Nähe des Friedhofes rumtrieben, ist unklar, vielleicht mussten auch sie schon mal fleißig für den 14.10. üben.

Sammelbildchen Nr. 3

Frank "the Tank" Försterling:
Der Eißendorfer ist einer der aktivsten Mitglieder der Harburger Naziszene.



Er wohnte im Mehringweg 20 bis ihn im September 05 Antifas outeten. Er ist auf unzähligen Nazi-Aufmärschen im norddeutschen Raum anzutreffen. Frank fotografiert dabei gerne aktive AntifaschistInnen und schreckt auch vor Übergriffen auf diese nicht zurück. Von sich selbst behauptet er, er wäre ein Teil der sog. Anti-Antifa. Dienstags nimmt er an einem Schulungs-Treffen der NPD teil. Zur Zeit macht er eine Ausbildung bei Vodaphone in der Spitalerstraße bzw MÖ. Aber auch dort wurde er im Juli `06 geoutet und bangt seit dem um seinen Ausbildungsplatz.
Der Text hier wurde bis auf Kleinigkeiten aus folgendem Flyer abgetippt: http://media.de.indymedia.org/media/2005/09/128637.pdf

25 Jahre Hafenstraße - eine Einladung

Ab Ende 1981 ziehen wir - unterschiedlichste Leute verschiedensten Alters - in die von der SAGA zwecks Abriss teilweise entmieteten Häuser. Wir versuchen miteinander zu leben, hören uns gegenseitig zu und mischen uns punktuell immer wieder gemeinsam ein in die Auseinandersetzungen der Welt. Wir erschaffen eine eigene Welt mit anderen Regeln als der ‚draußen'. Wir führen unsere Auseinandersetzungen untereinander gewöhnlich direkt und auch mal gewaltsam. Wir öffnen uns Türen und schaffen Gemeinschaftsräume für alle möglichen, nach Bedarf wechselnden Zwecke.

1983 trotzen wir dem SPD-Senat in einer Zeit des Verlustes der absoluten Mehrheit Verträge ab, die er 2 Jahre später bricht um die sich langsam herausbildenden anderen Lebensformen an diesem illustren Ort zu zerschlagen. In einer beispiellosen Dialektik von Repression und Widerstand von 1985 bis Ende 1987 setzen wir - getragen von vielfältiger Solidarität - durch, hier zusammen zu leben, ohne jedoch die Bedingungen dafür selbst gestalten zu können. Im Moment des Sieges formiert sich die Reaktion neu. Den folgenden Kleinkrieg können wir erst mit der Gründung zweier Genossenschaften und dem Kauf der Häuser in den 90igern für uns entscheiden.

Heute sind die Häuser weitgehend repariert, die Dächer ausgebaut. Unserer Genossenschaft Alternativen am Elbufer gehören die dazwischen liegenden Grundstücke, von denen eines gerade von einer befreundeten Gruppe (Plan B) bebaut wird. Das wilde Grün neben der Treppe soll so bleiben. In der Nachbarschaft ist ein weiterer Neubau (Parkhaus/ Genossenschaft St. Pauli Hafenstraße) mit gemeinschaftlichem Leben entstanden.

Wieweit auch unter ‚uns' - denen, die geblieben sind, denen ‚draußen' und den ‚Neuen' - die Individualisierung mittlerweile das Bestimmende ist oder was noch ‚geht' an Gemeinschaft und inwieweit die Frage, wie wir weiter leben wollen, noch zusammen ausgestritten wird, ist ein offener Prozess. Vielleicht nimmt das ‚Gemeinsame' heute auch nur einfach ganz andere Formen an als gewohnt?

25 Jahre Hafenstraße machen Lust zum Treffen, Erzählen, Erinnern und Streiten. Hier kannst du alte Freundinnen und Freunde wiedersehen und neue kennen lernen oder mal hören und sehen, wie andere erlebt haben, wie alles anfing.

Vorbereitungskreis Hafenstraße

Programm

Freitag 15.09.2006:

14.30 Genossenschaftsbüro, St. Pauli Hafenstr. 106: Vorstellung der Genossenschaft und Rundgang
Ausstellung in der Vokü, St. Pauli Hafenstr. 116: Innen-Ansichten
Ausstellung des St. Pauli Archivs im Butt-Club, St. Pauli Hafenstr. 126: Blick von außen; Plakate in diversen Fenstern
15.00-17.00 Trommel-Workshop mit Janosch im Butt-Club
16.00 Erzähl-Café 1 in der Vokü:
Wer anders aussieht, der ist dran. Die Anfänge 1981-83 - u.a.
Martin Junk liest aus seinem Tagebuch
ab 19.00 Essen in der Vokü
20.00 Film auf der Treppe (bei Regen drinnen!): Terrible Houses in Danger (1985); Panorama-Beitrag (1987);
Das Graben einer unerlaubten Grube oder Mabuse zum Teich; MPZ - Zusammenschnitt aus unseren Filmen von 1985-1994

Onkel Otto Bernhard Nochtstr. 16 öffnet an allen drei Tagen mit Überraschungstresen
Ahoi St. Pauli Hafenstr. 122 ist auch geöffnet
Ab 22.00 Vokü: Party mit Life-Musik; voraussichtlich Drum 'n Bass

Sonnabend 16.09.2006:

12.00 Offene Frühstückstafel auf der Straße (bei Regen drinnen...) - bringt leckere Sachen mit; liebe Nachbarinnen und Nachbarn, stellt eure Stühle und Tische raus ...
14.30 Genossenschaftsbüro: Vorstellung der Genossenschaft und Rundgang
Ausstellungen wie Freitag
20 Jahre Plakate aus der Geschichte des Störtebeker Zentrums, Bernhard Nochtstr. 16
15.00-17.00 Trommel-Workshop mit Janosch im Butt-Club
16.00 Erzähl-Café 2 in der Vokü:
No Pasaran!
Die Auseinandersetzung 1985 - 87
ab 18.00 Pappel-Solidaritäts-Fete mit Installationen und Pappel-Bräu im Ahoi
ab 19.00 Essen in der Vokü
20.00 Film auf der Treppe: Selbst das kleinste Licht durchbricht die Dunkelheit
Konzert im Störtebeker (Einlass ab 21.00): 2 US-Gruppen: Evil Beaver (Frauenband; Hard Rock Noise) und The Despised (Street Punk); Eintritt 5 Euro
22.00 Vokü: Party mit DJs

Sonntag 17.09.2006:

Ab 13.00 Brunch in der Vokü
14.00 Vokü: Veranstaltung Hafenstr. und Gefangene aus der RAF - die letzten müssen endlich raus! Mit Rechtsanwalt Jürgen Schneider und ehemaligen Gefangenen aus der RAF
14.30 Genossenschaftsbüro: Vorstellung der Genossenschaft und Rundgang
Ausstellungen wie Sonnabend
15.00-17.00 Trommel-Workshop mit Janosch im Butt-Club
16.00 Erzähl-Café 3 in der Vokü:
... mal für den Bruchteil eines Momentes eine revolutionäre Situation erleben - Barrikadentage und Nachbarschaft November 1987
ab 17.00 Film-Café im Ahoi
ab 19.00 Essen in der Vokü
20.00 Film auf der Treppe: Die Hafentreppe (1989-91)
Ausklang in allen Läden

Pressemitteilung zum erfolgreichen Abschluss des G8-Camps

CampInski guter Auftakt für Gipfelproteste im kommenden Jahr

Zehn Tage lang haben G 8 GegnerInnen in Steinhagen den Protest gegen den Gipfel in Heiligendamm 2007 diskutiert und vorbereitet. "Das Camp hatte in erster Linie die Idee, Widerstand zu vernetzen, um im kommenden Jahr gemeinsam den Protest zu koordinieren und zu gestalten. Das ist voll gelungen", so Rosa Camper, Sprecherin des Campinski. Neben der konkreten Vorbereitung gab es über 150 Workshops und Veranstaltungen nicht nur zu den vier Schwerpunkten globale Landwirtschaft, NPD-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern, Migration, Militarismus. "Die Zahl von über 1000 TeilnehmerInnen hat unsere Erwartungen übertroffen. Das ist ein gutes Zeichen für die Proteste im kommenden Jahr", so Camper. Insgesamt werden rund 15.000 AktivistInnen aus aller Welt erwartet.

Gerade die internationale Vernetzung hat großes Interesse gefunden," erklärt Carl Kemper, Sprecher des Campinski. TeilnehmerInnen aus England, Griechenland, Italien, Australien, Russland, Polen und Frankreich, Rumänien, Schweden, Bulgarien, Portugal, Tschechien, Niederlande und den USA waren schon in diesem Jahr hier, um sich vor Ort über Aktionsformen, den Stand der Blockadevorbereitungen und die Gestaltung der Camps auszutauschen. "Der Widerstand im kommenden Jahr wird breit und vielfältig, soviel ist sicher," so Kemper weiter.

Aktionen gab es auch in diesem Jahr schon. So wurden in Bad Doberan bei einer Door-Knocking-Aktion zahlreiche BürgerInnen über den kommenden Gipfel und dessen lokale Bezüge informiert.

Am Dienstag besuchten rund 300 TeilnehmerInnen des „CampInski" und AktivistInnen des NoLager-Netzwerks die Stadt Rostock, um soziale Ausgrenzungspolitik gegenüber Flüchtlingen und SozialleistungsempfängerInnen zu thematisieren und „Gleiche Rechte für Alle" einzufordern. Aktueller und spontaner Anlass war das Bekannt werden von Aufforderungen der Ausländerbehörden zur Mitwirkung bei der Passersatzbeschaffung zur „freiwilligen" Ausreise an TogoerInnen in Mecklenburg-Vorpommern – trotz des bestehenden Abschiebestopps.

Am Donnerstag haben rund 80 AktivistInnen das Genversuchsfeld in Groß Lüsewitz bei Rostock besucht. In Groß Lüsewitz betreibt ein Bündnis verschiedener Firmen und Forschungsinstitutionen Freilandversuche mit gentechnisch manipulierten Raps-, Mais-, und Kartoffelpflanzen. Die Gentechnikkonzerne agieren weltweit. Überall sollen LandwirtInnen gezwungen werden ihr Saatgut zu kaufen. Unterstützt werden sie dabei von den Regierungen des Nordens, die sich im Juni 2007 zum so genannten G8-Gipfel in Heiligendamm versammeln wollen. "Vor und während des G8-Gipfels werden wir die Landwirtschaftspolitik der G8-Staaten und der AgroKonzerne thematisieren und kritisieren. Der Spaziergang heute zu den Forschungsinstitutionen und den Freilandversuchen in Groß Lüsewitz ist eine erste Aktion" kündigte ein Sprecher an.

Am Freitag beteiligten sich rund 400 AktivistInnen an einem Aktionsbadetag: "Auftauchen zum Widerstand" kritisierte die G8 als selbst ernanntes undemokratisches Gremium, die zugunsten eines regellosen Kapitalismus Entscheidungen treffen, deren Auswirkungen die weltweite Zerstörung sozialer Sicherungssysteme und Armut bedeuten. Bei dem Aktionstag wurde auf Transparenten auf die Enteignung des ehemals jüdischen Unternehmens Kempinski hingewiesen. 1937 wurde der Kempinskikonzern von den Nazis enteignet, die jüdischen Vorbesitzer wurden in Polen vergast. Bis heute wird dieses Thema vertuscht, es gibt keine Entschädigung, selbst der Forderung der überlebenden Angehörigen, den jüdischen Namen Kempinski nicht weiter für die Hotelkette zu nutzen, wird nicht nachgekommen. Im Anschluss an die Badeaktion kam es in Bad Doberan zu einem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz. „Zwar dementierte die Polizei den Einsatz von Pfefferspray, aber es gibt Videoaufnahmen von der Situation", so Rosa Camper. „Die Bundespolizei hat völlig überzogen reagiert und durch ihr Verhalten gezeigt, dass sie auf Proteste in keinster Weise verhältnismäßig reagiert. Das ist kein gutes Zeichen fürs kommende Jahr."

Am Samstag beteiligten sich zahlreiche GipfelgegnerInnen an einer Demonstration „Keine Stimme der NPD". Rund 150 DemostrantInnen zogen durch die Innenstadt Wismars, um die Nazistrukturen vor Ort öffentlich zu machen. In Schwerin schlossen GipfelgegnerInnen symbolisch die Arno-Breker-Ausstellung. „Mit der Schweriner Ausstellung wird die aktive Rehabilitierung eines der bekanntesten NS-Künstler betrieben," so eine der AktivistInnen. „Das passt perfekt in die nach wie vor passende Schlussstrichdebatte in der BRD." Die AktivistInnen widmeten zahlreiche Kunstwerke um und forderten das Einschmelzen der Bronzeskulpturen.

„Im kommenden Jahr suchen wir ja bekanntlich einen Zeltplatz für 15.000 GipfelgegnerInnen", so Carl Kemper abschließend. „Der Auftakt war aus unserer Sicht erfolgreich, sowohl was die inhaltliche Vorbereitung wie auch die Aktionen betrifft. Und sicher ist, wir kommen wieder. Wer sich die G8 einlädt, lädt auch den Widerstand ein."

CampInski 2006 Pressegruppe

Der (Wasser-) Springfrosch



Ein gleichermaßen faszinierendes wie seltsames Tier ist der Spring- und Schleuderfrosch. Mit seiner feuchten Zunge kann er seine „Beute" mit der von Fachleuten als „Aqua-Sling" Technik bezeichneten Methode auf bis zu 100m zielsicher treffen. Wer diese Methode einmal nachempfinden möchte, spannt ein von 2 Menschen gehaltenes Gummiseil und benutzt dieses, um z.B. einen mit Wasser oder Farbe gefüllten Ballon oder (während der Wintermonate) eine Christbaumkugel über große Distanz zu schleudern. Beeindruckend, was dieses kleine Tierchen leistet. Tierforscher haben die von unserem kleinen Freund verwendete Technik in großen Maßstab nachgebaut, welche im Internet erhältlich ist.

Schwerin: Arno Breker - Ausstellung geschlossen 12.08.2006

Aktivist/innen des Anti-G8-Camps in Steinhagen haben heute die Arno Breker-Ausstellung in Schwerin geschlossen. Breker war Hitlers Lieblingsbildhauer und das Schleswig-Holstein-Haus erdreistete sich diese Nazi-Kunst öffentlich auszustellen. Die Aktion stand im Rahmen des Antifa-Aktionstags des Camps.

Um 11:20 Uhr wurde heute die Arno Breker-Ausstellung geschlossen. Die BesucherInnen wurden freundlich aus den Ausstellungsräumen gebeten, mit Megaphondurchsagen und Flugblättern informiert. Mit Umgestaltungsaktionen wurde deutlich gemacht, dass die Ausstellung von Brekers Nazi-Kunst nicht

weiter geduldet wird. Viele BesucherInnen freuten sich über die spontane Aktion und fanden sie "lustig", andere zeigten ihr Unverständnis, als sie aus den Ausstellungsräumen hinausgebeten wurden. Einige forderten sogar ihre Eintrittsgelder zurück.
Das Flugblatt hatte neben einem Foto mit Hitler, Speer und Breker vor dem Eifelturm 1940 folgenden Inhalt :

Die Arno Breker-Ausstellung in Schwerin ist ab heute geschlossen!
Schluss mit der Nazi-Kunst in der Öffentlichkeit!
Mit einem abschließenden Diskusssionsbeitrag zur Ausstellung "Arno Breker - zur Diskussion gestellt!" erklären wir, AktivistInnen der Anti G8- Bewegung, heute die Ausstellung für den Altnazi Arno Breker für beendet. Mit der Schließung der Breker-Ausstellung protestieren wir gegen die erste Personalsausstellung in öffentlicher Initiative des Nazi-Künstlers und Altnazis Arno Breker. Die Kulturpolitik der Stadt Schwerin und des Landes Meckpomm wollen hier erreichen, was bisher immer wieder an empörten Protesten scheiterte.

Schluss damit!

Liebe AusstellungsbesucherInnen, wir werden Sie gleich hoeflich, aber bestimmt aus dem Museum bitten. Die Nazi-Skulpturen gehören umgestaltet und das Schleswig-Holstein-Haus mit einer Kette und einem dicken Vorhängeschloss versperrt.
Wir hoffen auf baldigsten Abtransport der Nazi-Kunst, die schnelle Einschmelzung der Objekte für einen guten Zweck macht großen Sinn: der Bronzepreis ist wegen der Streiks der chilenischen Bergleute in ungeahnte Höhe gestiegen.

Mit der Schweriner Ausstellung wird die aktive Rehabilitierung eines der bekanntesten NS-Künstler betrieben. Brekers Nazikunst und seine braune Ästhetik werden hier verharmlost und als Teil eines pluralistischen Kunstverständnisses banalisiert. Das passt perfekt in die nach wie vor stattfindende Schlußstrichdebatte in der BRD. Heute, 61 Jahre danach, müsse man doch mit dem nötigen Abstand über alles reden dürfen. Faschismus aber ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
"Zur Diskussion gestellt" lautet der Titel dieser Ausstellung. Das kann nicht funktionieren! Wir sehen Brekers Werk als die Verkörperung der nationalsozialistischen Ästhetik das läßt sich nicht mal eben neutral betrachten und bewerten.
Brekers gelungener Entnazifizierungscoup von 1948 wird in der mit öffentlichen Geldern finanzierten Ausstellung wieder lebendig. Der Dekorateur der Hitler-Barbarei? wird zum Mitläufer und Retter von NS-Verfolgten stilisiert, seine Freundschaft mit homosexuellen Künstlern zur Widerstandshandlung umgelogen.
Keine Frage, NS-Grössen wie Breker konnten durch persönliche Fürsprache bei den Mördern fuer bedrohte Freunde und Bekannte manches herausholen, die Nazigrössen hatten alle ihre jüdischen Nachbarn und es gibt viele Beispiele, dass sogar die Verantwortlichen der ?Endlösung? für Bekannte mal eine Ausnahme beim Massenmord machten.

Besonders frech ist die Masche der Ausstellungsmacher in Schwerin, auf der Basis eines zensierten Zugangs zum Breker-Nachlaß Arno Breker als unpolitischen Mitläufer darzustellen, der tragischerweise für Hitler gearbeitet hatte und ungerechtfertigterweise in Nachkriegsdeutschland nicht mehr Fuss fassen konnte, weil er als NS-Künstler diffamiert wurde. In Wirklichkeit hat Breker sehr schnell wieder Anschluss an die Mächtigen gefunden. Unternehmerfiguren wie Giradet, Henkel, Abs und Gerling, genauso wie Spitzenpolitiker wie Ludwig Erhard und Konrad Adenauer bestellten beim NS-Künstler Breker fuer großzügige Honorare zahlreiche Büsten und andere Plastiken.
Die weitere zentrale Lüge von Brekers Rehabilitierungs-Ausstellung ist die Behauptung, Breker hätte sich nach dem Krieg aus seinen Nazi-Verstrickungen gelöst. Brekers halbherzige Distanzierungen von seiner Nazivergangenheit stehen im Gegensatz zu seinem vielfältigem Engagement für rechtsradikale Gruppen in der Zeit nach 1945. Er war nicht nur Ehrenmitglied des neonazistischen "Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes" (DKEG) und Preisträger der Naziorganisazion "Gesellschaft für freie Publizistik", er verfasste sogar für die Nazipostille "Deutsche Monatshefte" Leserbriefe und Beiträge. Breker war zudem Leser der Nazizeitung "Die Bauernschaft", die vom Holocaust-Leugner und SS-Mann Thies Christophersen herausgegeben wurde.
Anfang der Achtziger Jahre erlaubte Breker der rechtsradikalen Ulrichsberg-Gemeinschaft die Aufstellung seines Herrenmenschen-Reliefs "Kameraden" in der Kärntner Gedenkstätte für Waffen-SS und Wehrmachtssoldaten.

Es ist also wahrlich kein Zufall, das Nazis wie die NPD in Meckpomm sich positiv auf die Schweriner Ausstellung beziehen.
Es ist also höchste Zeit - Schluss damit!

Antifaschistische Grüße von der Museumsfront an die Kampagne "Keine Stimme für die Nazis" in McPomm!
Wir grüßen mit unserer Aktion die AktivistInnen in Berlin, die heute gegen die neue Vertriebenenausstellung protestieren!

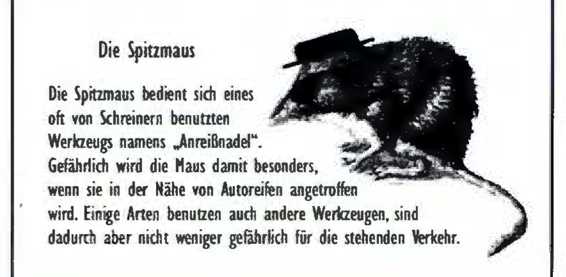
Solidarität mit dem Streik der chilenischen Bergleute! Für die sofortige Einschmelzung von Brekers Herrenmenschen! Der Erlös geht an die Streikkasse.

Internationale AktivistInnen gegen das G8-Treffen in Heiligendamm

Wie gehts weiter?

Für Juni 2007 ist im Ostseebad Heiligendamm der nächste G8-Gipfel geplant und es tut sich was:
In Nichtregierungsorganisationen, Umweltverbänden, linken und anti-rassistischen Netzwerken, Gewerkschaften, Parteien oder lokalen Anti-G8-Bündnissen, überall steht das nächste Gipfeltreffen der G8 auf der Tagesordnung.
Um das Projekt des Gipfelprotests in Rostock/ Heiligendamm voranzubringen, laden wir ein zur
Internationalen Aktionskonferenz vom 10. - 12. November in Rostock.

Aktuelle Informationen zur Konferenz und für Fragen, Kritik und Anregungen:
www.heiligendamm2007.de
www.g8-germany.info



G8: Klassenkampf und eine Perspektive

Solidarische Kritik ist wichtig, gar unerlässlich, wenn es darum geht, das eigene Handeln, die eigenen Ziele und eine vernünftige, theoretische Einordnung vorzunehmen. Die Mobilisierung gegen die G8-Gipfel können da genauso wenig ausgenommen werden wie die Kritik an ihnen.
Wir nehmen Bezug auf die in zeck Nr. 133 geäußerten Kritikpunkte an den anti- G8-Mobilisierungen und die "Gegen"-Vorschläge, die von sous la plage/antigravitationistische linke (sp/al) als eine



Schwerpunktverschiebung in Theorie und Praxis, und vielleicht auch als noch weitergehender, angedacht werden. Unsere Absicht ist nicht, eine Pauschalkritik dieser einen Position leisten sondern auf Mängel hinzuweisen, die wir im skizzierten (theoretischen) Verständnis des AutorInnenkollektivs von sp/al ausgemacht haben. Wir sind der Meinung, dass ein solches Verständnis teilweise weiter verbreitet ist und auch verdeckt in vielen Einschätzungen unterschwellig zum Tragen kommt. Damit werden allerdings theoretische und gesellschaftspolitische Bereiche und Kämpfe aufs Spiel gesetzt, die unerlässlich für eine gesellschaftliche Emanzipation sind.
Einige Betrachtungen von sp/al oder ihnen ähnliche bieten offene Flanken zu bürgerlichen Analysen, die mehr als nur ein falsches Bild von Kapitalismus vermitteln sondern seinen Mechanismen eher selber auf den Leim gehen. Allerdings bezwecken wir hier keine Fundamentalkritik an den Autor_Innen, wir kennen sie nicht und auch nicht ihre Positionen ausreichend genug, um das zu tun.
Wenn die anti-G8-Mobilisierungen als Kungeltreffen u.ä. kritisiert werden, können wir diese Argumente genauso nachvolziehen wie, wenn sie gegen Theorieseminare u.ä. eingewandt werden. Dasselbe gilt für die anvisierten Zielvorstellungen (leider wird das G8-Treffen, wenn überhaupt, nur behindert) und die damit verbundenen Vorstellungen von Einflussmöglichkeiten. Die Proteste/Der Widerstand sind eher Mittel zum Zweck, als dass sie reale Entscheidungen beeinträchtigen. Aber diese Bedenken treffen momentan aufgrund von verschiedenen Problemen, wie z.B. der gesellschaftlichen Schwäche der Linken, nicht nur auf anti-G8- Mobilisierungen zu. Der Kosovokrieg, Bundeswehrumbau und -neuausrichtung sowie der Aufbau und Einsatz der EU- Interventionsarmee, um nur wenige Beispiele zu nennen, die nicht zuletzt die "radikale Linke" eher vernachlässigt hat, sprechen da Bände.
Ein Argument für die Gipfelmobilisierungen bleiben jedoch weiterhin die internationalen Verknüpfungsmöglichkeiten, die insbesondere für den Kampf gegen "den" Kapitalismus unentbehrlich sind, wenn Emanzipation und Revolution nicht in Europa oder den USA aufhören soll.
Als Hauptargument gegen die G8-Mobilisierungen (oder der Beteiligung daran) wird aber von sp/al eingewandt, dass in ihrem Rahmen "die gängige fetischisierte Vorstellung davon, was kapitalismus ist und wie er funktioniert, reproduziert" werde. Deshalb sollten sich die radikalen Gruppen eher damit beschäftigen, "das eigene leben so zu organisieren, dass eine verweigerung grundlegender kapitalistischer reproduktionstätigkeiten nicht zu einer qualitativen verschlechterung der lebensumstände führte, sondern stattdessen ein schöneres leben im hier und jetzt ermöglichte".
Bevor wir uns dem theoretischen Fundament widmen, auf das diese Kritik zurückgreift, möchten wir auf einige praktische Barrieren hinweisen.
Wie soll denn in einer Gesellschaft gewirkt werden, deren Teil auch die radikale Linke ist, wenn doch konstatiert werden muss, dass ihre Inhalte (wie immer sie interpretiert werden) kaum bzw. nur eine sehr marginale gesellschaftliche Basis besitzen, ohne mit den so oft geschmähten "bürgerlichen" Organisationen zu reden (wir meinen damit gezielt nicht die SPD sondern die üblichen Verdächtigen wie Gewerkschaften, Sozialverbände u.ä., in denen es durchaus unterschiedliche Positionen gibt)? Wenn es doch ein Anliegen sein soll, fetischisierte Vorstellungen von Kapitalismus aufzuzeigen, dann geht dies doch nur dadurch, dass auch ein Austausch mit Gruppen und Individuen gesucht wird, die nicht eindeutig dieselben Analysen teilen, welche das dann auch sein mögen. Damit ist weder eine Zwangsaufgabe eigener Positionen noch eine Zwangskooperation oder eine Abkehr von bestimmten Praxen verbunden. Und dass Bündnispartner_Innen sich auch gegen eine radikale Linke vereinnahmen lassen und auch aktiv positionieren, ist doch ein alter Hut. Die gesellschaftlichen Strukturen sind nun einmal nicht so eingerichtet, dass sie sich von heute auf morgen verändern, nur weil jemand den zündenden Gedanken äußert. Die Frage ist eher, ob eine radikale Linke wieder Einfluss auf die reale gesellschaftliche Entwicklung nehmen will und wenn ja, wie. Die gegenwärtige Alternative bleibt doch das identitäre Szenebewusstsein, das nur allzu bekannt ist und einer gesellschaftlichen Stärkung der Linken durch Abgrenzungsbedürfnis und Selbstbestätigung im Weg steht.
Die Abgrenzung über Inhalte, so notwendig sie auch ist/sein muss, wie sie auch von sp/al gefordert wird, wird unterstützt durch eine Kapitalismusinterpretation, die gesellschaftliche Phänomene wie die G8, die gesellschaftlichen Strukturen u.ä. gar nicht mehr einordnen kann, weil sie einseitig ist und sich aus dem Bereich des Klassenkampfes (bewußt) verabschiedet hat. Sie reduziert die kapitalistischen Verhältnisse auf die Zirkulationssphäre und die Wertbildung über den Warentausch, die damit verbundenen Phänomene von Fetisch u.a., ohne dabei die grundlegende und untrennbare Verknüpfung von Zirkulation und Produktion sowie deren Organisation zu benennen. Dadurch, daß der sich selbst verwertende Wert, also der Zwang aus Geld mehr Geld zumachen, die Bewegung G-W-G´ zu vollziehen, als einziger bzw. zentraler

Bestandteil des Kapitalismus präsentiert wird, wird die Art und Weise, wie der dabei produzierte Mehrwert (die Differenz zwischen G und G') erzeugt wird, ausgeblendet. Alle Menschen seien vor dem Gesetz des Marktes gleich. Die Einheit von Gebrauchs- und Tauschwert ist einseitig aufgelöst und die Organisation der Arbeit ist nicht mehr Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses. Das ist der Kern, wenn Kapitalismus lediglich als "eine Form der gesellschaftlichen Organisation, in der die Beziehungen zwischen den Menschen durch Ware und Wert organisiert und strukturiert werden" verstanden wird. Die Nähe zu bürgerlichen Interpretation liegt auf der Hand und wird von anderen auch dahingehend ausgelegt, dass diese Lesart selbst dem Warenfetisch erlegen sei, weil sie Marktideologie unkritisch wiederhole.

Der Mehrwert einer Ware wird jedoch in kapitalistischen Verhältnissen durch die Konsumtion der Ware Arbeitskraft (also dem erzwungenem Verkauf der eigenen Arbeitskraft der "doppelt freien Lohnarbeiter_Innen") hergestellt und dies geschieht eben in dem Bereich, der von einem solchen verkürzten Verständnis von Kapitalismus ausgeblendet wird, in der Produktionssphäre. Diese ist in kapitalistischen Verhältnissen spezifisch organisiert.

Nach der erstmaligen Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaftsformation bedeutet dies, dass die Arbeit dem Kommando des Kapitals immer wieder neu unterworfen wird und werden muss.

Das bedeutet wiederum, dass Mehrwertproduktion immer durch dieses Verhältnis geprägt ist, ebenso wie die gesamte kapitalistische Gesellschaftsformation. "Der Kampf zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter beginnt mit dem Kapitalverhältnis selbst."

Dies ist nicht unerheblich, wenn im Anschluss daran über die Interessenlage der jeweiligen Personen nachgedacht wird. Das böse Wort "Klasse" kommt an dieser Stelle wieder ins Spiel. Die Herausbildung eines Klassenverhältnis, in dem grundsätzlichen Interessen entgegengesetzt sind, ist dem Kapitalismus ebenso inhärent wie die Bewegung des sich selbst verwertenden Werts. Wenn sp/al ein Problem mit der Vorstellung der "herrschaft einiger weniger" haben, dann ergibt sich dies aus ihrer Interpretation von Kapitalismus, die nur einen Teil der kapitalistischen Gesellschaftsformation erfasst und diese als umfassend betrachten. Selbstverständlich haben sich über reale historische Prozesse unterschiedliche Positionierungen im der kapitalistischen Gesellschaftsformation ergeben. Dies zu ignorieren, bedeutet auch reale Kämpfe zu ignorieren oder gar zu banalisieren oder ihnen die Unterstützung zu verweigern. Über den Hebel zur Veränderung der realen Produktionsverhältnisse und damit auch der Möglichkeit für Veränderungen aller anderen Beziehungen zwischen den Menschen wird ein Deckmantel gelegt oder er wird gleich abgebrochen.

Dass Kapitalismus zudem durch seine inhärenten Gesetze gleichzeitig auch von allen anderen Gesellschaftsmitgliedern mit getragen wird, ist jedoch ebenso richtig, wie für eine Kritik unabdingbar. Moralisches Gerede, "man müsse ja nur den Konzernbossen ins Gewissen reden" u.ä. ist aber deswegen genauso falsch, wie die Chefs von Bayer, DaimlerChrysler, VW, Siemens oder eben Monsanto, Coke, Nestlé oder McDonald's damit zu entschuldigen, sie täten ja alle dasselbe wie alle anderen auch. Es geht darum, eben genau diese beiden Bereiche nicht voneinander zu trennen sondern sie zusammen zu denken, um Kapitalismus vollständig zu begreifen.

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Die G8 lassen sich über diesen Weg, der sowohl die Bewegung des sich selbst verwertenden Werts als auch das Klassenverhältnis berücksichtigt, thematisieren und auch mit einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik verbinden. Denn die Beschlüsse der G8 sind sicherlich nicht im Interesse des Proletariats. Wenn z.B. der "Abbau von Schulden für die Dritte Welt" beschlossen wird, ist das sehr wohl ein Angriffspunkt angesichts weltweiter kapitalistischer Vergesellschaftung. Klassenkampf wird eben nicht nur im Interesse der Lohnarbeiter_Innen sondern gerade auch für das Kapital geführt.

Dass bei den Gegenmobilisierungen zu einem solchen Gipfel unterschiedliche Auffassungen vertreten werden können, was z.B. eine zutreffende inhaltliche Kapitalismusanalyse ausmacht, offenbart schon dieser Beitrag.

Falsche Forderungen z.B. an Staaten müssen zum Gegenstand der Debatten (gemacht!) werden ebenso wie andere verharmlosende Interpretationen; und wieso nicht auch gerade auf internationaler Ebene bei Gipfelprotesten?

Vielmehr als das Zusammentreffen bei den Gipfeln zu kritisieren, ist es doch von Nöten, die Strukturen, die in der Vorbereitung entstehen, weiter zu nutzen und in und mit ihnen zu arbeiten. Ob, und wenn nicht, warum dies nicht geschieht, halten wir für die viel entscheidenderen Fragen. Die Organisation und Vernetzung von emanzipatorischen Kräften und das Wirken in die Gesellschaft jenseits von Szeneressentiments scheinen uns die zentralen Aufgaben.

Und dort besteht dann auch ein Anknüpfungspunkt für den Vorschlag von sp/al, den eigenen alltäglichen Widerstand ohne Verluste zu organisieren. Dies ist ein weitaus breiteres Feld als eine anti-G8-Mobilisierung (auch wenn diese einen Batzen Arbeit bedeutet) und erfordert eine breitere gesellschaftliche Verankerung eines linken Selbstverständnisses.

Inwiefern Gipfelwiderstand dazu beitragen kann, muss beständig neu diskutiert werden. Das Kassenverhältnis darf dort aber ebenso wenig außen vor gelassen werden wie auf anderen Feldern.

AG Klassenkampf & Revolution



Igel, Stachelschwein, und Krähe

Die wenigsten wissen, dass Krähen, Igel und Stachelschweine Verwandte sind. Sie gehören alle zur Familie der terreo rotae (dt. etwa Reifenschrecken). Ihre Vorgehensweise ist dabei recht unterschiedlich: Das Stachelschwein hinterlässt auf Wegen und Straßen starre mit Nägel gespickte Bretter, während der Igel eher biegsame Materialien wie Dachpappe bevorzugt. Beide vergraben ihre Hinterlassenschaften auch gerne, wenn sich das Gelände dafür eignet. Die Krähe hinterlässt dagegen metallene Stachel, die aufgrund ihrer Ähnlichkeit umgangssprachlich auch als „Füße" bezeichnet werden. Gefürchtet werden alle drei gleichermaßen, verursachen sie doch besonders in dunklen Spätherbstnächten immer wieder große Sachschäden am staatlichen Fahrzeugpark.

Vom Warten auf den Gau

oder - der Normalbetrieb ist bereits Störfall

Im Folgenden dokumentieren wir den Verlauf eines schweren Störfalles im schwedischen AKW Forsmark, wie er von der schwedischen Atomaufsicht und einem Spiegelmitarbeiter dargestellt wurde. Mit Hamburg hat dieser Störfall mehr zu tun als die Meisten wahr haben wollen. Zum einen ist es ja die in der Stadt ansässige Vattenfall AG die den Reaktor betreibt (spätestens jetzt sollte mensch doch wenigstens die Stromanbieterin wechseln). Darüber hinaus ist Forsmark ein Siedewasserreaktor wie auch die AKW Krümmel und Brunsbüttel. Wobei es sich bei Brunsbüttel ein um mehrere Jahre älteres Modell dieses Kraftwerktyps handelt. Und schließlich war es ein in der brd gefertigtes Bauteil von AEG (Firmenname: Aus Erfahrung Gut sic.) das im Verlauf des Störfalles eine Schlüsselrolle spielte. Nebenbei förderte ein neuer Simulator zur Schulung der brunsbütteler Reaktormanschschaft jetzt zu Tage, daß es dort garvierende Mängel in der Sicherheitstechnik gibt, die über Jahrzehnte nicht bemerkt wurden. Aus der Simulation ergab sich, laut internem Behördenvermerk (Quelle deutsche Umweltstiftung), "dass schwere Störfälle wie jetzt in Forsmark von der komplexen und defizitären Sicherheitselektrik in Brunsbüttel möglicherweise nicht hätten bewältigt werden können".

Störfall

Es war 13.21 Uhr am Dienstag den 25. Juli 2006, als der Alarm im Kontrollraum von Reaktor 2 des Kernkraftwerks Forsmark ertönte. Nach einem Kurzschluss und anschließendem Stromausfall war der Reaktor kaum mehr zu kontrollieren. Das Personal im Kontrollraum rief verzweifelt über Handy Techniker des zweiten Kraftwerksblocks und versuchte den Kollegen klar zu machen, es bekomme die Situation nicht mehr alleine in den Griff. Das Notkühlungssystem hatte bereits begonnen Wasser in das Reaktorgebäude zu pumpen, die Sprinkleranlage war angesprungen, die Bildschirme und auch die Lautsprecheranlage waren ausgefallen. Nach Aussagen der Schwedischen Atomaufsichtsbehörde SKI verlief der Störfall in Forsmark wesentlich dramatischer als in ihren Sicherheitsanalysen jemals vorrausberechnet.

Zwei Techniker, die aus Block 2 zu Fuß in das Nachbargebäude liefen, berichteten: "Als wir ankamen, waren knapp acht Minuten vergangen, seit der erste Alarm ertönt war." Es herrschte fiebrige Aktivität, aber wenn ein Zwischenfall in dieser Größenordnung passiere, breche eben Chaos aus. Es gebe niemanden, der direkte Anweisungen erteile, daher werde zunächst eine Krisensitzung einberufen. Nach langen 23 Minuten, und nur rund 7 Minuten bevor der Wasserstand im Reaktor einen irreversibel niedrigen Stand erreicht hätte, gelang es den herbeigerufenen Technikern, zwei Notstromdiesel an das externe Netz zu koppeln, und zu starten.

Ebenso wie im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark ein Kurzschluss außerhalb der Anlage einen Beinahe-GAU auslöste, ist auch vor knapp 30 Jahren ein externer Kurzschluss die Ursache für den Großunfall und Totalschaden von Block A des deutschen Atomkraftwerks Gundremmingen gewesen. Am 13. Januar 1977 kam es in den beiden abführenden Stromleitungen dieses Akws nach einem Kälteeinbruch und einem Blitzschlag zu Kurzschlüssen, so dass das Atomkraftwerk seinen Strom nicht mehr ableiten konnte. Aufgrund von mehreren Fehlern in der Steuerung des Atomkraftwerks kam es zur Schnellabschaltung, was zu einem schnellen Druckanstieg und zur Dampfabblasung ins Reaktorgebäude führte und in Folge dessen zu Rissen in Sicherheitsventilen und Rohrleitungen. Schon nach rund zehn Minuten stand im Reaktorgebäude das Wasser drei bis vier Meter hoch, die Temperatur war auf brisante 80 Grad Celsius angestiegen. Das Atomkraftwerk erlitt einen Totalschaden und ging nie wieder in Betrieb.

Doch nicht nur in Gundremmingen kam es zu schweren Störfällen. Henrik Paulitz vom IPPNW dokumentiert auf deren Homepage eine Liste weiterer Störfälle auf Grund von Kurzschlüssen.

-AKW Neckarwestheim-1 am 06. Juni 1982: Blitzschlag in das 220-kV-Hochspannungsnetz, Abfangen auf Eigenbedarf misslingt, die automatische Umschaltung auf das Reservenetz misslingt, Notstromfall

- AKW Isar-1 am 29. Mai 1983: Blitzschlag, Ausfall mehrerer Elektronikkarten und der Speisewasserbehälterfüllstandsanzeige, Reaktor und Turbinenschnellabschaltung

- AKW Biblis B am 4. Mai 1986: Blitzschlag während der Revision, Abschaltung der Reservenetzeinspeisung, Notstromfall

- AKW Biblis am 19. April 1988: Explosion eines 220-kV-Stromspannungswandlers, Kurzschluss, Ausfall des Reservenetzanschlusses, Doppelter Notstromfall in Biblis Block A und Block B

- AKW Brokdorf am 23. Februar 2003: Sturm, Kurzschlüsse in Freileitungen des 400-kV-Netzes in Kraftwerksnähe, Abschaltung von AEG-Gleichrichtern im Notspeisegebäude; Teilausfall der Notstromversorgung

- AKW Biblis B am 8. Februar 2004: Sturm, Kurzschluss im 220-kV-Netz, fehlerhafte Netztrennung, Abfangen auf Eigenbedarf misslingt, Notstromfall, Schnellabschaltung, Teilausfall der Notstandsstromeinspeisung für Block A

- AKW Brunsbüttel am 23. August 2004: Kurzschluss in einer Kabelverbindung des Eigenbedarfs vermutlich aufgrund von Alterungserscheinungen und nachgerüsteten Blitzschutzmaßnahmen, Kabel verschmorte auf 1 Meter Länge, Reaktor und Turbinenschnellabschaltung, Nichtverfügbarkeit eines Notstromdiesels

Und hier noch einige aktuelle Störfälle, zu denen es nach Forsmark kam:

11.08.06
Der Östereichische Rundfunk berichtet, das im AKW Temelin (Tschechien) im Laufe der vorangegangenen Woche 18.000 Liter radioaktives Kühlwasser ausgetreten seien. Verstrahlt worden sei niemand, aber selbst die Direktorin der pro-Atom gerichteten Aufsichtsbehörde fand das "überhaupt nicht normal"

22.08.06
Wegen eines Defektes in einem Generator musste das AKW Fessenheim (Frankreich) nur drei Wochen nach einer Generalüberholung vom Netz genommen werden. Quelle: Baden online

23.08.06
Nach einem Kurzschluss in einem Transformator ist einer der beiden Blöcke des Atomkraftwerks Civaux im Westen Frankreichs abgeschaltet worden. Die Reparaturen an dem Transformator würden vermutlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Quelle: Tagesspiegel

Eigenartig, dass angesichts der Masse der Störfälle (die obige Liste stellt nur einen kleinen Ausschnitt dar) über den Weiterbetrieb des AKW Brunsbüttel überhaupt diskutiert wird.

Da hilft nur eines: Energiepolitik selbst und von Hand machen :

Castor Alarm November 2006!

Lange Jahre wurde auch in der Linken so getan, als sei Energiepolitik ein Thema vergangener Tage, angestaubt, und bestenfalls Gegenstand aufwendiger Hintergrundreportagen. Doch spätestens seit dem die Herrschenden sich dieses Themas angenommen haben, sei es in Form von Rohstoffkriegen wie im Irak, oder auch programmatisch wie beim vergangenen G8

Gipfel von Leningrad, ist auch hier zu Lande Energie wieder auf der Agenda. Das Energieversorgung, Rohstoffgewinnung und Verwertung ganz konkret in die Lebensverhältnisse von Menschen hier und anderswo eingreifen, ist eine Binsenweisheit, ebenso sehr wie die Einsicht, dass es sich lohnt für eine dezentrale und regenerativer Energieversorgung zu streiten. Für all jene, die bemerkt haben, dass in Hamburg längst auf Grund des globalen Klimawandels die Deichlinie erhöht wird (aktuell besonders in der Hafenstrasse zu betrachten) und die nicht weiter die steigenden Gewinne der Energiekonzerne unkommentiert lassen wollen, gibt es neben dem Wechsel der Stromanbieterin zumindest einmal im Jahr die Möglichkeit handgreiflich zu werden, in die Energiepolitische Debatte ein zu greifen, Energiepolitik von Hand zu machen.

Vom 11.bis zum 14. November werden sich wieder mehrere tausend Menschen gegen die aktuelle Energiepolitik in der brd wehren, und versuchen den Preis für den Weiterbetrieb der Atomanlagen in die Höhe zu treiben. Entlang der Schienen und Strassentransportstrecke wird es wieder zahlreiche Camps und Infopunkte geben. Informiert Euch, Organisiert Euch, Bildet Banden. Gemeinsam mehr erreichen - Energiepolitische Entscheidungen in den wendländischen Wäldern selber fällen!

Veranstaltungs Tipp:

... und alle Fragen offen!

Veranstaltung zur Kontinuität der NS Atomwaffenforschung im Atomforschungszentrum GKSS / Geesthacht, immer neuen Leukämiefällen in Krümmel, und den Funden rätselhafter Plutoniumpartikel in der Elbmarsch.
Von und mit Konkret Autor Detlef zum Winkel (Frankfurt)

8.9.06 20°° Lärchenhof Kolleg auf dem alten Schlachthofgelände an der Feldstrasse / U3
Veranstaltet vom Anti-Atom-Büro Hamburg und Regenbogen e.V.

Norwegerheim - "Sternchance": Alternative 1-Euro Ausbeutung

Der Laden nennt sich "Café und Culturhaus Sternchance e.V.". Auf den ersten Blick springt die idyllische Lage ins Auge. Am Rand des Schanzenparks verbreiten beschauliche Holzhäuser ein gemütliches Ambiente, mitten in Hamburg. Man präsentiert sich als Ort für Nachbarschaftsfeste, Kinderfreundlichkeit und kulturelle Vielfalt. Neben dem esoterischen Flair bietet das Norwegerheim Räume für diverse Veranstaltungen. Hinter den Kulissen ist die "Stern-Chance" allerdings alles andere als kuschelig.

Subventionierte Vetternwirtschaft

Hinter der "Stern-Chance" verbirgt sich ein juristisch ausgeklügeltes Konstrukt. Zwei Vereine existieren, die von derselben Vorsitzenden Anne Knaak kontrolliert werden. Verein Nummer 1 ist formell gemeinnützig. Verein Nummer 2 ist dagegen kommerziell und macht ordentlich Gewinne. Wegen der Gemeinnützigkeit von Verein Nummer 1 sprudeln öffentliche Fördermittel. Das Unternehmen bekam nicht nur die hervorragend gelegene Park-Immobilie. Regelmäßige Subventionen und Zuschüsse vom Bezirksamt Eimsbüttel und dem Verfügungsfond Eimsbüttel-Süd bilden den Grundstock für das florierende Geschäft von Verein Nummer 2. Privaten Wohltätern und Spendern ist die "Stern-Chance" aber auch steuerlich abzugsfähige Spenden wert. Die Geschäftsführerin ist stolz auf Spenden von namhaften Unternehmen. Wo andere Gastronomie-Unternehmen laufende Kosten haben, bringt die "Gemeinnützigkeit" dem Norwegerheim laufende Einnahmen. Verein 1 stellt Verein 2 die Räume zur Verfügung. Und er stellt die passenden Rechnungen aus. Geschäftsführerin Anne Knaak unterhält eine sehr enge Beziehung zu einem namhaften SPD-Funktionär namens Martin S. Der fungierte zeitweise auch in Verein Nummer 1 als Vorsitzender. Das war ein Grundstein des Erfolgs. Der SPD-Mann sorgte dafür, dass in manchen Jahren 90% des gesamten Kultur-Etats für Eimsbüttel bei Anne Knaak landeten.

Achtzehn 1-Euro-Kräfte

Auch in Zeiten, wo nicht immer öffentliche Gelder sprudeln, beweist Anne Knaak, dass sie eine tüchtige Geschäftsfrau ist. Die Rede ist von billigen Arbeitskräften, die von den Behörden zur Verfügung gestellt werden. Straffällige Jugendliche durften ihre Arbeitsauflagen in ihrem Gastronomie-Betrieb ableisten. Behinderte köderte sie mit dem Versprechen auf einen festen Job. Und auch ABM-Kräfte fielen auf ihre Zusagen herein und arbeiteten bei Anne Knaak für dünnes Geld. Richtige Jobs hatte sie allerdings an diese MitarbeiterInnen nicht zu vergeben.
Denn inzwischen hat sie ihren Laden auf 1-Euro-Kräfte umgestellt. Sie bekommt jede Menge billiges Personal durch ihre guten Beziehungen zur Wirtschaftsbehörde. Diese Behörde hat die "einfal GmbH" unter Vertrag. Diese Firma macht gute Geschäfte mit der Vermittlung von 1-Euro (Zwangs-)ArbeiterInnen an Unternehmen. Die "einfal GmbH" war nicht besonders glücklich, als sie von der Wirtschaftsbehörde dringend "gebeten" wurde, die Personalwünsche von Frau Anne Knaak unbedingt zu erfüllen.
Selbstverständlich sind alle 1-Euro-Kräfte dem gemeinnützigen Verein Nummer 1 zugeteilt. Tatsächlich arbeiten sie fürs Geschäft von Verein Nummer 2. Putz- und Reinigungsarbeiten, Reparatur und Instandhaltung, Holzhacken und Herrichtung des Kamins werden ohne Arbeits- und Sicherheitskleidung erledigt. Weil das Geschäft so gut floriert, können achtzehn 1-Euro-Kräfte ihren zugeteilten Personalraum nicht betreten. Er dient als Lebensmittellager, genauso wie das Personalklo. Organisieren, Betreuen und Vorbereitung von Veranstaltungen - sogar Plakate kleben! - so sorgen 1-Euro-Kräfte zwangsweise dafür, dass Anne Knaaks Unternehmen auf dem Markt gute Erfolge erzielt. Juristisch ist dieses Geschäft gut abgesichert: Die "gemeinnützige" Scheinfirma hat sich gegenüber Anne Knaaks Kommerz-Verein verpflichtet, genau die Leistungen zu erbringen, die 1-Euro-Kräfte bei ihr ableisten. Derartige, durch 1-Euro-Zwangsarbeit geförderte Gewerbe-Räume sind in der Tat ein unglaublicher Konkurrenz-Vorteil.

Gute Nachbarschaft

Anne Knaak führt nicht das einzige erfolgreiche Unternehmen im Schanzenpark. Nebenan hat bekanntlich die "Patrizia AG" von der Stadt den Wasserturm für einen Euro erworben. Jetzt wird im Park ein Luxushotel errichtet. Trotz vieler Aktionen von BewohnerInnen des Schanzenviertels macht der Bau Fortschritte. Das Management der "Patrizia AG" hat öfter mal einen Grund zum Feiern. Im Norwegerheim fühlen sich die "Patrizia"-Manager zuhause. Falls Anwohner bei diesen Festen stören, sorgt Anne Knaak für Ordnung. Bei Protesten gegen die Manager-Parties in der "Stern-Chance" gab es diverse Festnahmen und Platzverweise durch herbeigerufene Polizei.

Unser Rat:
Boykottiert den Laden!

Freiheit für die Gefangenen vom 04. Februar!

Am 04. Februar dieses Jahres wurde in Barcelona ein Guardia Urbana (Gemeindepolizist) bei einer Auseinandersetzung vor dem Squat "Teatro" in der Strasse "Sant Pere Mes Baix" so schwer verletzt, dass ihn SanitäterInnen in ein künstliches Koma versetzten mussten. Neun Personen wurden vorrübergehend festgenommen. Drei davon sitzen noch in Untersuchungshaft. Die Ereignisse sollen nun als Freischein für noch mehr Repression in Barcelona herhalten.

Wie kam es zu den Verhaftungen?

Bereits seit Freitagabend um 22.00 Uhr hatte die Polizei zur Sicherung der Ordnung mit einem Auto neben dem "Teatro" Stellung bezogen, dort fand eine Party statt die bereits im Vorfeld verboten war. Die vor dem Haus postierten Polizisten beleidigten Menschen die zur Party wollten mit rassistischen und faschistischen Ausdrücken. Die Situation eskalierte und die Bullen zogen ihre Schlagstöcke und begannen wie verrückt auf jede / jeden die/der sich unglüklicherweise in der Umgebung aufhielt einzuschlagen. Die Verstärkung der Bullen ließ nicht lange auf sich warten, so dass man davon ausgehen kann, dass sich die Bullen im Vorfeld bereits auf eine Eskalation eingerichtet haben. Vom Balkon des "Teatro" begannen Leute, verschiedene Sachen nach unten zu werfen. Während dieser Auseinandersetzung, gab ein Bulle Schüsse auf einen Flüchtenden ab. Ein Bulle fiel von einem Gegenstand getroffen bewusstlos zu Boden. SanitäterInnen versetzten ihn wegen seines schlechten Zustandes ins künstliche Koma. Die Polizei beauftragte die Straßenreinigung bevor die Beweissicherung vor Ort war. Auf Grund des Geschehens am Samstag wurde das "el Teatro" geräumt. Am darauffolgenden Tag sagte der Bürgermeister (Joan Clos) bei der ersten offiziellen Presseerklärung, dass der Polizist der sich im Koma befindet von einem Blumentopf getroffen wurde der von einem der Balkone des "Teatro" flog. Stunden später und ohne Erläuterung wurde diese Aussage geändert. Dieser Vorgang wiederholte sich mehrmals. Schließlich war es ein Stein der geworfen wurde. Die Präsentation des Steines blieb jedoch aus. In der darauf folgenden Woche berichteten die lokalen Medien über den Hausbesetzer/Innen Wahnsinn in Barcelona und unterstützten die Äußerungen von Seiten der Stadtregierung alle besetzten Häuser zu räumen.

Im Viertel "Ribera" wo sich das "Teatro" befand parkten in den darauffolgenden Tagen Busse von Riotpolizisten, die auf Anweisung des Bürgermeisters jede Person stoppten und kontollierten die der Squaterszene ähnlich sah. Ein Anarchist wurde von der Polizei angehalten und nach der Personalienfeststellung mit einer Pistole am Kopf bedroht. Dabei sagte der Beamte: "Ich weiß wer du bist, du hast drei Tage um die Stadt Barcelona zu verlassen. Wenn ich dich noch mal sehe töte ich dich."

Es gab noch andere Übergriffe bei denen Menschen mit Schlagstöcken zu Boden geschlagen wurden.

Umgang mit den Gefangenen:

Drei von den neun Festgenommenen zählten schnell zu den Hauptverdächtigen, die beschuldigt werden "den Stein" geworfen zu haben. Rodrigo und Alex wird versuchter Mord, Juan Körperverletzung von Vollstreckungsbeamten vorgeworfen. Alle drei kommen aus Lateinamerika. Die anderen sechs aus Europa bekamen Anzeigen wegen "atentado a la autoridad". Rodrigo, Alex und Juan wurden über lange Zeit geschlagen. Juan hatte beide und Alex einen Arm gebrochen. Die Gesichter von ihnen waren geschwollen, die Kleider blutüberströmt und ihre Wunden mussten mit duzenden Stichen genäht werden. Insgesamt wurden sie zwei Tage schwer körperlich gefoltert. Die Familien von Rodrigo, Alex und Juan verlangten Informationen und den Aufenthaltsort ihrer Kinder. Sie bekamen keine Antwort.



Die Vorverhandlung:

Es gab eine Verhandlung für alle neun. Die Richterin entschied das Rodrigo, Alex und Juan wegen der Fluchtgefahr hinsichtlich ihrer Nationalität bis zur offiziellen Gerichtsverhandlung in Haft bleiben müssen. (bis zu 2Jahre, bei vergleichbaren Fällen aus der Vergangenheit auch 4 Jahre und länger). Es gab eine Anordnung das die drei in Isolationshaft kommen. Die anderen sechs Verhafteten wurden gegen Zahlungen freigelassen. Die Richterin der Vorverhandlung interessierte sich weder für die Folteranzeigen, die die drei Gefangenen vorgebracht haben, noch für Aussagen der ZeugenInnen. Die ganze Verhandlung basierte nur auf den Aussagen der am Geschehen beteiligten Polizisten. Verschiedene Steine & Stöcke (von Polizeibeamten nach dem Zufallsprinzip auf der Strasse ausgewählt) wurden als Beweißmaterial vorgestellt. Dabei konnte kein Zusammenhang zur Tat hergestellt werden, es gibt keine Fingerabdrücke, kein Blut oder DNA-Spuren. Die Aussagen der Polizisten stimmten nicht überein. Andere Menschen wurden ebenfalls nicht zum Geschehen gehört. Da die verantwortliche Richterin sämtliche Einsprüche der Verteidigung abgewiesen und die Vorverhandlung abgeschlossen hat, sind von Seiten der Verteidigung sämtliche juristische Mittel ausgeschöpft. Ihr Recht auf die Unschuldsvermutung haben Alex, Rodrigo, Juan und Mariana, die Mutter von einen von ihnen am 19. Juni 2006 einen unbefristeten Hungerstreik begonnen, der am 17. Juli 2006 aufgrund schwerer gesundheitlicher Beeinträchtigungen der Streikenden beendet wurde.

Freiheit für Alex, Rodrigo und Juan, Gefangene vom 4. Februar und alle linkspolitischen Gefangenen jetzt sofort! Einstellung der Verfahren für alle der am 4. Februar Verhafteten! Repression hat keine Grenzen. Solidarität auch nicht!

Es ist eine Infoveranstaltung zu diesem Thema in der Roten Flora geplant.

Achtet auf Ankündigungen.

70 Jahre Spanische Revolution
30 Jahre FAU Hamburg
20 Jahre Libertäres Zentrum
Jubiläumsveranstaltungen in der Schwarzen Katze

Samstag 02.09. 17 Uhr:
Volkmenue, 5 Gänge (vegetarische/vegane spanische Küche)
Samstag 02.09. 20 Uhr:
Konzert mit dem anarchistischen Liedermacher Pedro Soriano
Sonntag 03.09. 20 Uhr:
Film "Vivir La Utopia - Die Utopie Leben"
Sonntag 10.09. 20 Uhr:
Filmbiografie Buenaventura Durruti
Sonntag 17.09. 20 Uhr:
Vortrag & Diskussion zu den Hintergründen der spanischen Revolution
Samstag 23.09. 16.30 Uhr:
Volkmenue, 5 Gänge (vegetarische/vegane spanische Küche)
Samstag 23.09. 20 Uhr:
Roman Lesung "Bewaffneter antifaschistischer Kampf in Spanien
Sonntag 24.09. 20 Uhr:
Vortrag & Diskussion zu der revolutionären Praxis in der spanischen Revolution

Mobilisierungsveranstaltung für einen bundesweiten MigrationsAktionsTag am 07.10.06:
Situation, Widerstand und Perspektiven von Flüchtlingen in Hamburg und Horst/ Mecklenburg-Vorpommern

am Donnerstag, den 28.09.06 um 19 Uhr im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg

attension#1

Die norddeutsche Kulturlandschaft wird in diesem Jahr um eine Attraktion reicher: vom 15. - 17. September 2006 veranstaltet der Kulturkosmos Müritz e.V. auf dem Flugplatz Lärz in Mecklenburg erstmals das internationale Theater- und Performance-Festival AT.TENSION#1.
Auf dem weitläufigen ehemaligen russischen Militärflugplatz Lärz, inmitten der Mecklenburger Seenplatte, werden drei Tage lang internationale Theatergruppen und Gäste zur theatralen und künstlerischen Grenzüberschreitung zusammentreffen. Sie begeben sich auf die Spur neuer und experimenteller Aktions- und Wahrnehmungsräume. Die bereits durch das Fusion-Festival wiederbelebten Ruinen des kalten Krieges, die von der roten Armee hinterlassen wurden, bieten dafür ideale Voraussetzungen.
Die künstlerische Palette reicht von Tanztheater, Performances und Open-Air-Spektakel über Kabarett und Installationen bis hin zu einem ausgesuchten musikalischen Beiprogramm. Hierfür bieten sich auf dem Gelände des Kulturkosmos diverse einmalige Spielstätten: verbunkerte Flugzeughangars, eine alte Landebahn, das ehemalige Luftschloss der Berliner Kabarett Anstalt sowie diverse Freiflächen stehen den Künstlerinnen und Künstlern zur Verfügung. Insgesamt 15 Theaterproduktionen präsentieren sich in ca. 30 Aufführungen.
Mehr Infos unter: www.attension-festival.de

Rote Flora im September & Oktober 2006



Freitag 01.09. 21 Uhr
HC-Konzert "Six Years Plan" mit Leuten von Peace of Mind und The 2449 u.v.a.

Sonntag 03.09. 21 Uhr
HC-Konzert "Sick Terror"

Mittwoch 06.09. 21 Uhr
HC-Konzert "Kylesa"

Donnerstag 07.09. 19.30 Uhr
Talkshow "Kultur und Propaganda". Talkshow anlässlich des Schanzenviertelfestes zu linken Kulturbegriffen und praktischen Interventionsformen.

Freitag 08.09. 21 Uhr
Konzert mit "Antitainment"

Samstag 09.09. ab 12.00 Uhr
Reclaim the Schanzenfest.
Ab 22 Uhr Party in der Flora

Sonntag 10.09.
Veranstaltung "Balkana Moj"
Infoveranstaltung zu Serbien & Montenegro mit Fotos, Bands etc.

Freitag 15.09. 21 Uhr
Konzert "Escapado" und "Trip Fontaine"

Samstag 16.09. 22.30 Uhr
Antifa-Soli-Party mit den schlechtetsten Hits aller Zeiten

Sonntag 17.09. 21 Uhr
Konzert "Snowblood" (Hardcore) plus Support

Freitag 22.09. 21 Uhr
Konzert "Confused" (Hardcore) plus "Thee Elma nd Lousie" (CH)

Samstag 23.09. 23 Uhr
Alles fliesst and Weald

Sonntag 24.09. 16 Uhr
Microphone Mafia (polit-Rap aus Köln)

Donnerstag 28.09. 21 Uhr
"Griz" & "Electro Zombies", Concert with two bands from Chile

Freitag 29.09. 20 Uhr
Konzert "Narcolaptic" u.a.

Samstag 30.09. 23 Uhr
7 Jahre Black famous Sound - Party

Sonntag 01.10. 20 Uhr
Konzert "Slux" (Göttingen, Frauen-Trans-Punk Band) + Support aus Hamburg

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 19 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Cafe wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 19 Uhr